



Komplexlabor
Digitale
Kultur

Research Papers

Nr. 01 | 2023

Cancel Culture – Herausforderung für die politische Öffentlichkeit

Yanina Kochtova

HOME
HOCHSCHULE
MERSEBURG

University of
Applied Sciences

FACHBEREICH
SOZIALE ARBEIT.
MEDIEN. KULTUR.

Yanina Kochtova

Cancel Culture – Herausforderung für die politische Öffentlichkeit



© Merseburg 2023

DOI: <http://dx.doi.org/10.25673/112193>

Gestaltung: Joana Mauer
Bildnachweis: freepik.com

Zitation: Kochtova, Yanina (2023): Cancel Culture – Herausforderung für die politische Öffentlichkeit. KDK Research Papers Nr. 1. Merseburg. DOI: 10.25673/112193.

Die KDK Research Papers werden vom Komplexlabor Digitale Kultur der Hochschule Merseburg herausgegeben. Die Verantwortung gegenüber den Thesen, Positionen und Meinungen in den veröffentlichten Beiträgen liegt alleinig bei den Autorinnen und Autoren.

Kontakt

Komplexlabor Digitale Kultur
Prof. Dr. Stefan Meißner
Eberhardt-Leibnitz-Straße 2
06217 Merseburg
E-Mail: stefan.meissner@hs-merseburg.de
Web: <https://digitalekultur.hs-merseburg.de>

Abstract

Cancel Culture ist ein kontroverses und viel diskutiertes Phänomen, das in den Medien und der öffentlichen Debatte immer präsenter wird. Während die einen sie als Mittel zur Bekämpfung von Diskriminierung und Missständen ansehen, befürchten andere hingegen eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und eine Verengung des Meinungskorridors.

Diese Arbeit untersucht die Entstehung, den Kontext und die Auswirkungen von Cancel Culture. Sie konzentriert sich hierbei mit zwei Fallbeispielen auf den deutschsprachigen Diskurs und analysiert, wie sich in der digitalen Kultur die politische Öffentlichkeit transformiert und soziale Medien die öffentliche Diskussion beeinflussen. Dabei stellt die Arbeit heraus, dass Cancel Culture als eine Reaktion auf die Verschiebungen gesellschaftlicher Machtverhältnisse und einer Demokratisierung der öffentlichen Debatte sowie als deren Ausdruck verstanden werden kann.

Keywords

Cancel Culture, Politische Öffentlichkeit, Soziale Medien, Digitale Kultur

Autor/-in

Yanina Kochtova hat Theaterwissenschaft (B.A.) an der Universität Leipzig und Angewandte Medien- und Kulturwissenschaft (M.A.) an der Hochschule Merseburg studiert. Derzeit arbeitet sie als freie Filmvermittlerin zu Rassismus- und Antisemitismuskritik sowie als Mitarbeiterin in einem soziokulturellen Projekt.

Anmerkungen

Der Text wurde im Rahmen des Studiums Angewandte Medien- und Kulturwissenschaft an der Hochschule Merseburg im Februar 2023 als Abschlussarbeit zur Erlangung des Master of Arts eingereicht und erfolgreich verteidigt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung – 1
2	Politische Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert – 4
2.1	Öffentlichkeitsmodelle und -strukturen – 4
2.2	Politische Öffentlichkeit in der Demokratie – 10
2.3	Digitaler Wandel der politischen Öffentlichkeit – 13
2.4	Digitale Öffentlichkeiten – Twitteröffentlichkeit – 15
2.5	Effekte des digitalen Wandels auf die politische Öffentlichkeit – 16
2.5.1	<i>Plattformisierung</i> – 17
2.5.2	<i>Macht der Konzerne</i> – 18
2.5.3	<i>Personalisierung und Emotionalisierung</i> – 19
2.5.4	<i>Selbstermächtigung/Aktivismus</i> – 20
3	Cancelling als Form der politischen Kommunikation – 21
3.1	Cancelling – Über die Genese des Begriffs – 22
3.2	Cancelling als (Online-)Aktivismus – 25
3.3	Wirkung und Zweck des Cancelling – 27
4	Cancel Culture in Deutschland – 30
4.1	Kunstfreiheit in Gefahr? Fall: Lisa Eckhart – 33
4.2	Wissenschaftsfreiheit in Gefahr? Fall: Marie-Luise Vollbrecht – 35
4.3	Diskurs um Cancel Culture – 38
4.3.1	<i>Kampfbegriff</i> – 38
4.3.2	<i>Moralische Panik</i> – 40
4.3.3	<i>Aufmerksamkeitsökonomie</i> – 42
5	Fazit – 44
	Literaturverzeichnis – 48

1 Einleitung

Vorträge an Universitäten, die nach Protesten abgesagt werden; Professor:innen¹, die aufgrund von Kritik ihre Stelle an der Hochschule aufgeben; Kabarettist:innen, die zur Primetime in Fernseh-Talkshows erklären, man wolle sie mundtot machen. Es vergeht mittlerweile kein Tag, an dem in den Medien nicht über Cancel Culture berichtet und diskutiert wird. Cancel Culture ist zu einem modischen Kampfbegriff und Dauerbrenner im Feuilleton geworden. Mittlerweile hat die Debatte längst die Weltpolitik erreicht: Der russische Präsident Wladimir Putin beklagte einen Monat nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eine Cancel Culture des Westens gegenüber der russischen Kultur (vgl. Humphries 2022), verglich diese mit den Bücherverbrennungen der Nazis und stellte sich in eine Reihe mit der *Harry Potter*-Autorin J.K. Rowling, die aufgrund von Vorwürfen der Trans*feindlichkeit in der Kritik (vgl. Hausbichler/Maan 2020) steht und einer der weltweit prominentesten Fälle in der Debatte um Cancel Culture ist. Aber worin besteht diese vermeintliche Kultur des Cancelns, was ist ihr Entstehungskontext und warum hat diese Debatte in den letzten Jahren so ein Ausmaß angenommen?

Große soziale Bewegungen wie *#metoo*, *Black Lives Matter* (BLM) oder *Fridays for Future* (FFF) prangern mittlerweile auch international gesellschaftliche Diskriminierungsformen wie Sexismus und Rassismus an und setzen sich für effiziente Klimaschutz-Maßnahmen ein. Sie setzen neue Themen und sind in der öffentlichen Sphäre als neue politische Akteur:innen sichtbar. Auch in sozialen Medien² sind sie sehr präsent, gut vernetzt und vergrößern dadurch ihre Reichweite und auch den Zustrom an Unterstützer:innen. Gerade die (technischen) Zugangsmöglichkeiten sind in den sozialen Medien relativ niedrigschwellig, sodass Austausch und Partizipation beinahe

1 Da es sich bei der Sprache um eine gesellschaftliche Praxis handelt, derer wir uns täglich bedienen, kommt der Verwendung einer geschlechterinklusive Sprache eine nicht zu vernachlässigende Rolle bei der emanzipatorischen Veränderung patriarchaler, binärer, heteronormativer Geschlechterverhältnisse zu, allerdings in dem Bewusstsein, dass sich allein über Sprachpolitik diese Verhältnisse nicht nachhaltig verändern lassen. Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Arbeit der Genderdoppelpunkt verwendet. Gleichzeitig werden bei der Theoriebeschreibung trotz dessen die Kategorien z.B. Akteur/Sprecher verwendet. Bei der Analyse wiederum wird die Vielfalt der handelnden Akteur:innen betont.

2 Soziale Medien (Synonym: soziale Netzwerke, Social-Media-Plattform u.a.) soll als Sammelbegriff dienen und steht »für bestimmte Angebote und Formen digital vernetzter Medien, die das onlinebasierte Bearbeiten und Veröffentlichen von Inhalten aller Art sowie die Beziehungspflege und den Austausch zwischen Menschen erleichtern« (Hauser et al. 2019: 9 nach Schmidt, Jan (2013): *Social Media*. Wiesbaden: VS Verlag, 16). In dieser Arbeit soll der Fokus vordergründig auf dem digitalen Wandel der öffentlichen Kommunikation durch soziale Medien liegen, auch wenn dieser mehr umfasst, wie z.B. die Digitalisierung der Arbeit, Smart Cities etc.).

jeder Person gegeben sind. Dem gegenüber formieren sich Stimmen, die eine Verengung der Meinungskorridors beklagen, sehen die Meinungsfreiheit in Gefahr und befürchten, dass man bald nichts mehr sagen könne. Schuld daran soll die grassierende Cancel Culture sein.

In dieser Arbeit soll daher folgende Frage im Zentrum der Analyse stehen: Auf welche Art und Weise drückt sich im Phänomen Cancel Culture eine Transformation der politischen Öffentlichkeit aus?

Um sich dem Phänomen um Cancel Culture zu nähern, ist es wichtig, die politische Öffentlichkeit vor dem Hintergrund des digitalen Wandels zu betrachten. Das Aufkommen der sozialen Medien markiert einen Wendepunkt in der bisherigen demokratischen Öffentlichkeitsauffassung. Plötzlich dürfen alle sprechen und können potenziell von allen wahrgenommen werden. Soziale Netzwerke suggerieren, dass nun alle Menschen am öffentlichen Diskurs teilhaben können. Diese demokratische Vorstellung wird von der Tatsache konterkariert, dass sich die sozialen Plattformen meist in den Händen von privaten Unternehmen befinden, die kaum einer demokratischen Kontrollinstanz unterliegen. Hinzu kommt, dass algorithmische Strukturen und digitale Netzwerkphänomene die Dynamik dominieren und die Wahrnehmung der öffentlichen Meinung verzerren können. Wer sich also am Diskurs beteiligt, muss sich potenziell öffentlicher Kritik stellen und diese wiederum folgt in den sozialen Medien einer eigenen Dynamik. Auch wenn also die Demokratisierung der politischen Öffentlichkeit durch die Digitalisierung differenziert betrachtet werden muss, lässt sich feststellen, dass sich durch sie viele Akteur:innen Gehör verschaffen können, die zuvor nicht oder wenig gehört wurden. So machen Personen oder Gruppen/Initiativen vor allem bei der Social-Media-Plattform *Twitter* diskriminierende, also bspw. sexistische, rassistische oder antisemitische Vorfälle öffentlich (*callout*). Diese Kritik wird oftmals verbunden mit dem Aufruf zum Protest gegen oder auch Boykott der von ihnen Beschuldigten (*Cancelling*). Das funktioniert jedoch nur, wenn man ein Teil der Öffentlichkeit ist. In Reaktion auf die Kritik beklagen hiervon Betroffene sowie Journalist:innen in Feuilletons jene Cancel Culture, der sie bzw. die Personen zum Opfer fallen würden. Der Begriff Cancel Culture rekurriert darauf, dass diese Fälle keine Einzelfälle seien, sondern eine vermeintliche Kultur der systematischen Unterdrückung der freien Meinungsäußerung oder Wissenschaftsfreiheit darstellen würden. Der Begriff Cancel Culture wird in diesem Sinne fast ausschließlich als Kritik an jener behaupteten Kultur des *Cancelling* (dt. ablehnen, absagen) verwendet.

Der Begriff Cancel Culture stammt aus dem US-amerikanischen Kontext, wird aber mittlerweile auch im deutschen Sprachraum gängig verwendet. Diese Arbeit legt den Fokus auf den deutschsprachigen journalistischen Diskurs und nimmt historisch Bezug auf die US-amerikanischen Debatte. Dabei wird auch seine Nähe zu Begrifflichkeiten wie *Political Correctness*, *Wokeness* oder *Deplatforming* betrachtet und

kontextualisiert. Die Verbindung zwischen der identitätspolitischen Debatte (von rechts) und dem Phänomen Cancel Culture wird in dieser Arbeit nicht behandelt und bleibt ein Forschungsdesiderat.

Forschungsstand

Einer der zentralen Begriffe der vorliegenden Analyse ist der Begriff der Öffentlichkeit. Öffentlichkeit ist ein sehr komplexes Phänomen und auch in der Wissenschaft nicht eindeutig, bzw. sehr vielseitig definiert. Im Zuge des digitalen Wandels hat der Begriff nochmals neue Aufmerksamkeit erlangt, zahlreiche Disziplinen widmen sich aus multiplen Perspektiven dem Phänomen der Öffentlichkeit: Die Soziologie (Seeliger/Sevignani 2021; Strippel 2020), die Kommunikations- und Medienwissenschaften (Donges 2020), die Politikwissenschaft (Bedford-Strohm et al. 2019) oder der Journalismus (Hooffacker et al. 2018).

Der Begriff der politischen Öffentlichkeit wird in dieser Arbeit vor allem dahingehend relevant, indem ihr normativer Charakter in der demokratischen Gesellschaft hervorgehoben werden soll. Denn die Veränderung der politischen Öffentlichkeit durch die sozialen Medien wird politisch sowie wissenschaftlich kontrovers diskutiert. Einerseits werden die Errungenschaften der niedrigschwelligen Partizipation und prompten Vernetzung durch die sozialen Medien als Chance oder als Gefahr für die bestehende demokratische Öffentlichkeit gesehen. Andererseits werden die Folgen des digitalen Wandels als Erweiterung oder Neuformung der Öffentlichkeit analysiert. Wissenschaftliche Literatur findet sich so z.B. zu neuen Kommunikationsformen, wie u.a. zum Phänomen des Shitstorms (vgl. Stegbauer 2018; Weichert 2014). Auch zum digitalen Aktivismus finden sich verschiedene Forschungsbeiträge (vgl. Fielitz/Staemmler 2020; Maier 2021).

Dagegen gibt es kaum dezidierte wissenschaftliche Literatur zum Phänomen der Cancel Culture, wobei sie deutlich jüngeren Datums ist. Als wegweisend für diese Untersuchung gelten die medienwissenschaftliche Studie *CANCEL CULTURE: A CRITICAL ANALYSIS* von Eve Ng (2022) sowie *CANCEL CULTURE TRANSFER – WIE EINE MORALISCHE PANIK DIE WELT ERFASST* von Adran Daub (2022). Weitere Abhandlungen wie beispielsweise *CANCEL CULTURE: DEMOKRATIE IN GEFahr* von Kolja Zydatiss (2021) sind keine wissenschaftlichen Betrachtungen des Phänomens, werden aber hinzugezogen, um die populistische Nutzung von Cancel Culture als Kampfbegriff zu beschreiben.

Aufbau der Arbeit

Um sich der Fragestellung, ob Cancel Culture eine Reaktion auf die Veränderung der politischen Öffentlichkeit durch digitalen Wandel darstellt, zu nähern, gestaltet sich der inhaltliche Aufbau der Arbeit wie folgt: Im 2. Kapitel wird das Phänomen der politischen Öffentlichkeit im Kontext des digitalen Wandels beschrieben. Hier

stütze ich mich auf vor allem die mediensoziologische Perspektive von Friedhelm Neidhardt und Jürgen Gerhards bei der Analyse des Begriffs der Öffentlichkeit. Dabei werden mehrere normative Modelle und Funktionen der politischen Öffentlichkeit skizziert, und deren Zusammenspiel sowie die Twitteröffentlichkeit, die für den Untersuchungsgegenstand der Cancel Culture relevant sind, aufgezeigt. Im 3. Kapitel erfolgt eine Definition und die Einordnung von Cancelling als Form politischer Praxis. Im 4. Kapitel werden zwei prominente Fallbeispiele aus Deutschland vorgestellt, anhand derer die Eigenlogik des Phänomens Cancel Culture und der dazugehörigen Diskussion (vordergründig in journalistischen Medien) aufgezeigt werden. Im abschließenden Fazit werden zum einen die zentralen Erkenntnisse der Untersuchung zusammengetragen und im Hinblick auf die Forschungsfrage geordnet, sodass diese beantwortet werden kann. Darüber hinaus werden Anschlussmöglichkeiten weiterer Forschungsaspekte lokalisiert und in der Diskussion angerissen.

2 Politische Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert

Die wissenschaftliche Forschung gibt keine eindeutige Definition von Öffentlichkeit vor. Vielmehr wird Öffentlichkeit aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven mit fachspezifischen Schwerpunkten als ein gesellschaftliches Phänomen beleuchtet.

Aus kultur- und medienwissenschaftlicher Perspektive scheint vor allem der interaktive Moment ein wesentliches Charakteristikum von Öffentlichkeit. Für die Untersuchung des Phänomens der Cancel Culture ist der Begriff der Öffentlichkeit dahingehend also eine relevante Größe, da an dieser sowohl Aspekte der kommunikativen Vermittlung mit ihren sozialen und technischen Bedingungen als auch politische und demokratietheoretische Auffassungen geknüpft sind. Als »eine zentrale Kategorie zum Verständnis von Gesellschaft« (Donges/Jarren 2017: 75) bildet der Begriff der Öffentlichkeit die Basis für die Aushandlung gesellschaftsrelevanter Themen.

2.1 Öffentlichkeitsmodelle und -strukturen

Das Konzept der Öffentlichkeit ist noch recht jung. Es etablierte sich im deutschsprachigen Raum erst im beginnenden 18. Jahrhundert als ein Gegenkonzept zu absolutistischen Herrschaftsformen, in denen Öffentlichkeit streng reglementiert und kontrolliert (z.B. am Hof oder in der Kirche) und somit kein Ort öffentlicher Debatten und des Meinungs austauschs war. In Verbindung mit der Aufklärung und der

Herausbildung eines (männlichen) Bildungsbürgertums entstand der Wunsch nach einer Öffentlichkeit im Sinne von Räumen, in denen eine allgemein zugängliche, gemeinsame politische Willensbildung und Entscheidungsfindung möglich ist und gefördert wird (Habermas 1990: 225). Als Gegenstück zur Öffentlichkeit bildete sich die *Privatsphäre*. Die Trennung beider Sphären ist ein Grundcharakteristikum bürgerlicher Gesellschaften und gilt als »fundamental für moderne, liberale politische und rechtliche Ordnungen« (Neidhardt 1994: 43). Es ist seit jeher umkämpft und selbst Gegenstand öffentlicher Aushandlungen, was in die Sphäre des Öffentlichen – und damit des allgemeinen Interesses – und was in die vom Kollektiv unbehelligte Privatsphäre gehört.

»Öffentlichkeit ist nicht spezifisch institutionalisiert, es gibt also keine einzige eigene Instanz dafür. Öffentlichkeit ist aber dennoch sozial dauerhaft vorhanden, weil sie über gewisse Strukturen, Akteure und Themen verfügt und dauerhaft von den Bürgerinnen und Bürgern gleichsam beobachtet und damit »nachgefragt« wird. Öffentlichkeit ist und funktioniert damit wie ein intermediäres System: es vermittelt zwischen Gesellschaft und politischem System« (Donges/Jarren 2017: 76).

Nach Gerhards und Neidhardt stellt Öffentlichkeit also ein intermediäres Kommunikationssystem dar (Gerhards/Neidhardt 1990: 15; Wimmer 2007: 108). Ein zentrales Element der Öffentlichkeit ist Kommunikation, bzw. ließe sich auch umgekehrt feststellen: Austausch und Interaktion lassen den öffentlichen Raum erst entstehen. Dieses zwischen Gesellschaft und System vermittelnde Modell bietet Anknüpfungspunkte für verschiedene Disziplinen, vor allem scheint es für die Forschungsfrage dieser Arbeit ein geeignetes Untersuchungsinstrument zu sein, weshalb nun näher darauf eingegangen wird.

Moderne Öffentlichkeit wird als eine Art Arena mit vielen Teilforen imaginiert. Sie sei »ein relativ frei zugängliches Kommunikationsfeld, in dem ›Sprecher‹ mit bestimmten Thematisierungs- und Überzeugungstechniken versuchen, über die Vermittlung von ›Kommunikateuren‹ bei einem ›Publikum‹ Aufmerksamkeit und Zustimmung für bestimmte Themen und Meinungen zu finden« (Neidhardt 1994: 7). Gerhards und Neidhardt beschreiben in ihrem Öffentlichkeitsmodell die Struktur von moderner Öffentlichkeit anhand von drei Komplexen: *Rollen*, *Ebenen* und *Phasen* (Gerhards/Neidhardt 1990; Neidhardt 1994). Jeder Mensch, der Teil der Öffentlichkeit ist, nimmt in dieser eine bestimmte Rolle ein. Die zentralen Akteure sind Sprecher:innen u.a. »Parteien, Regierungen, Interessengruppen, soziale Bewegungen, Bürgerinitiativen, auch andere Gruppen und Personen. Sie alle versuchen, zu den von ihnen als wichtig bewerteten Themen die von ihnen als richtig gehaltenen Meinungen durchzusetzen und auf diese Weise politisch wirksam zu werden« (Gerhards/Neidhardt 1990: 26f.).

Mithilfe von *Kommunikateuren* (z.B. journalistische Medien) adressieren sie ihre Anliegen an das Publikum, das wiederum als »öffentlichkeitskonstituierende Bezugsgruppe« fungiert (Neidhardt 1994: 12).

Grundsätzlich können in Bezug auf das Strukturelement der *Rolle* folgende Merkmale dieses Kommunikationsmodells der Öffentlichkeit festgehalten werden: (1) Alle Mitglieder der Gesellschaft dürfen an Öffentlichkeit teilhaben. Dabei müssen keine bestimmten Kriterien zur Mitgliedschaft erfüllt sein (wie z.B. Status). (2) Themen müssen dementsprechend für alle verständlich sein. (3) Massenmedien haben die Rolle inne, die Kommunikation zwischen an und abwesenden Mitgliedern zu gewährleisten. Öffentlichkeit stellt also einen offenen Kommunikationsraum dar, in dem sich die Akteure in unterschiedlichen Rollen begegnen und miteinander interagieren.

Um zu verstehen, wie aus dieser Interaktion die öffentliche Meinung als Produkt entsteht, bedarf es der Analyse der Ebenen, auf denen die unterschiedlichen Meinungen der Akteure ausgetauscht werden können. Dabei werden in der Regel drei Ebenen voneinander getrennt betrachtet: *Encounter*-, *Themen*- und *Medienöffentlichkeit*. Diese Ebenen unterscheiden sich in der Aufnahme, der Verarbeitung und in der Vermittlung von Information und stellen in der Folge verschiedene Funktionsansprüche an Öffentlichkeit (Donges/Jarren 2017: 85f.; Gerhards/Neidhardt 1990: 19–26):

Unter *Encounteröffentlichkeit* werden spontane, öffentliche Gespräche im Alltag verstanden: auf der Straße mit dem Nachbarn, am Arbeitsplatz mit der Kollegin oder in der Schlange an der Kasse im Supermarkt mit anderen Kund:innen. Diese Kommunikation ist relativ strukturlos und fragil. Die Themen schwanken und variieren mit dem Wechsel der Teilnehmer:innen. Die Rollen der Teilnehmer:innen sind fließend, d.h., jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer kann als Sprecher:in oder als Publikum auftreten. Die Rollen sind nicht konstant, d.h., sie können auch während des Gesprächs wechseln. Die *Encounter*-Ebene ist meist räumlich, zeitlich und sozial beschränkt.

Unter *Themenöffentlichkeit* (oder *Versammlungsöffentlichkeit*) werden thematisch klar definierte Interaktionssysteme (z.B. öffentliche Veranstaltungen oder Demonstrationen) verstanden. Der Organisationsgrad variiert zwischen spontan und hoch organisiert. Die Teilnehmerrollen (Sprecher, Vermittler und Publikum) sind ausdifferenziert, in der Regel eindeutig bestimmt, sie wechseln weniger und sind daher relativ klar erkennbar. Durch ihre innere Stabilität und Kontinuität werden sie von Intermediären (z.B. Journalist:innen) systematisch beobachtet und können dadurch Aufmerksamkeit generieren.

Unter *Medienöffentlichkeit* wird vordergründig die massenmediale öffentliche Kommunikation verstanden. Es wird eine technische Infrastruktur vorausgesetzt. Damit sind Massenmedien auch dauerhaft existent. Spezialisierte Personen (Expert:innen)

bereiten Themen auf und können damit Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen. Das Publikum ist nicht mehr örtlich, sondern abstrakt anwesend. Diese Form der Öffentlichkeit soll potenziell alle Gesellschaftsmitglieder erreichen können und ist weder örtlich noch zeitlich beschränkt.

Neben den Rollen und Ebenen stellen Neidhardt und Gerhards in ihrem Modell die Phasen das dritte große Strukturmerkmal von Öffentlichkeit dar. Um zu untersuchen, wie die öffentliche Meinung zustande kommt, ist es hilfreich, die einzelnen Phasen, die Prozessstufen der Öffentlichkeit genauer zu beleuchten. Diese Stufen differenzieren zwischen Input (Kommunikationssammlung), Throughput (Informationsverarbeitung) und Output (Vermittlung von Meinungen und Informationen). Allen drei Phasen werden bestimmte Funktionen mit jeweils impliziten normativen Ansprüchen zugeteilt. Der Prozessstufe des Input wird dabei eine Transparenzfunktion zugeschrieben: »Öffentlichkeit soll offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung« (Neidhardt 1994: 8, H.i.O.). Throughput ist verknüpft mit einer Validierungsfunktion, bei der Diskursivität (also der rationale Austausch von Argumenten) die Qualität der Inhalte gewährleisten sollte. Output wiederum hängt mit der Orientierungsfunktion zusammen, da öffentliche Kommunikation öffentliche Meinung generiert, »die das Publikum als überzeugend wahrnehmen und akzeptieren kann« (Neidhardt 1994: 9).

Rollen, Ebenen und Phasen als die drei Prinzipien der Öffentlichkeit und ihre jeweiligen normative Funktionen finden in den verschiedenen demokratischen Modellen unterschiedlich starke Beachtung.

In der Öffentlichkeitsforschung gibt es vor allem drei Theorien der Öffentlichkeit: Jürgen Habermas' sozialphilosophisches Idealmodell der bürgerlichen Öffentlichkeit, Niklas Luhmanns systemtheoretisches Spiegelmodell und Elisabeth Noelle-Neumanns sozialpsychologische Theorie der Schweigespirale. Im Folgenden sollen diese Theorien mit einem für diese Arbeit relevanten Fokus auf Meinungsbildungsprozesse skizziert und ihre Hauptthesen vorgestellt werden.

Jürgen Habermas' Begriff der *Öffentlichkeit* ist historisch von der Entstehung der *bürgerlichen Öffentlichkeit* im 18. Jahrhundert als Gegenpol zur absolutistischen Herrschaft nicht zu trennen. Grundlegend dafür ist die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft, sowie von Öffentlichkeit und Privatheit³ (Habermas 1990: 225). Die politische Öffentlichkeit agiert bei Habermas »als vermittelnde Instanz zwischen Gesell-

3 Vor allem die Grenzziehung zwischen der privaten und der öffentlichen Sphäre des Habermas'schen Modell gerät unter dem Eindruck des Ausschlusses von Frauen aus der politischen Öffentlichkeit in die feministische Kritik (vgl. Bock, Gisela/Duden, Barbara (1976): Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Frauen und Wissenschaft. Berlin, S. 118-139).

schaft und Parlament« (Seeliger/Sevignani 2021: 17). Das Idealmodell einer diskursfähigen Öffentlichkeit knüpft an die in der Aufklärung entstehende Institutionalisierung demokratischer Elemente an. Das Medium der Auseinandersetzung – das öffentliche Raisonement – folgt »keiner Autorität außer der des Arguments« (Habermas 1990: 86, 104). Eine Teilnahme daran ist offen für alle Beteiligten unabhängig von deren sozialen Status und ist thematisch am allgemeinen Interesse des Publikums orientiert, was früher Autoritäten vorbehalten war (Habermas 1990: 97).

»Unabhängig von Stand, Religion, ererbten, erworbenen, sozialen oder intellektuellen Kompetenzen, sondern nur aufgrund des besseren, rationalen Arguments soll hier jeder Bürger seine Meinung äußern und am Prozess der gemeinsamen Wahrheitsfindung teilhaben können« (Wimmer 2007: 73).

Das systemtheoretische Öffentlichkeitskonzept von Niklas Luhmann beschreibt *öffentliche Meinung* als ein Konstrukt, das sich aus der öffentlichen Kommunikation ergibt und zu ihrer weiteren Nutzung zur Verfügung steht.

»Die öffentliche Meinung ist zugleich ein Medium der Meinungsbildung. Sie ist der Heilige Geist des Systems. Sie ist das, was als öffentliche Meinung beobachtet und beschrieben wird. Man kann sie als einen durch die öffentliche Kommunikation selbsterzeugten Schein ansehen, als eine Art Spiegel, in dem die Kommunikation sich selber spiegelt. Das schließt, wie im alten Gebrauch der Metapher des Spiegels, Idealisierungen und Moralisierungen ein« (Luhmann 2002: 286).

Relevant für dieses Modell ist nicht vordergründig die Partizipationsausprägung und auch nicht das Maß an Diskursivität. Entscheidend ist eher die Frage nach der Relevanz der medialen Kommunikation und nach ihrer Leistung zur Selbstbeobachtung der Gesellschaft (Donges/Jarren 2017: 84).

Das sozialpsychologische Konzept der Öffentlichkeit nach Noelle-Neumann betrachtet Öffentlichkeit als Form sozialer Kontrolle, die in der sog. *Schweigespирale* ihren Ausdruck findet.

»Die Theorie der Schweigespирale versucht zu erklären, wie öffentliche Meinung und damit auch Öffentlichkeit durch kollektives Schweigen beeinflusst werden. Die Kriterien, anhand derer Individuen beurteilt werden, werden von der öffentlichen Meinung festgelegt. Wer gegen diese Übereinkunft der Gesellschaft verstößt, muss mit Sanktionen der Ausstoßung rechnen« (Noelle-Neumann 1980: 256).

Dabei bestehe die Gefahr, dass Menschen aus Angst vor gesellschaftlicher Isolation ihre Meinung verschweigen und der öffentlich (empfundenen) Mehrheitsmeinung folgen, wenn sie sich selbst in der Minderheit glauben. Öffentliche Meinung wird in diesem Sinne verstanden als »[...] Meinungen, Verhaltensweisen, die man in der Öffentlichkeit äußern oder zeigen muss, wenn man sich nicht isolieren will; in kontroversen, im Wandel begriffenen Bereichen oder in neu entstandenen Spannungszonen in der Öffentlichkeit äußern kann ohne Gefahr, sich zu isolieren« (Noelle-Neumann 1980: 255, H.i.O.).

Dabei komme es zu einer Moralisierung der Politik in der öffentlichen Auseinandersetzung. Abweichende Meinungen würden sanktioniert (Wimmer 2007: 52). Eine solche Schweigespirale könne von den Massenmedien ausgelöst werden, wenn die Mehrheitsmeinung einseitig propagiert würde und damit andere Minderheitsmeinungen verdränge. »Die Vertreter der kolportierten Mehrheitsmeinung äußern sich dadurch in der Öffentlichkeit verstärkt und die Spirale dreht sich weiter« (Wimmer 2007: 26).

Alle Modelle und theoretischen Ansätze haben gezeigt, dass Öffentlichkeit auf der Basis des Austauschs von Informationen und Meinungen entsteht (Wimmer 2007: 108) und der Ort ist, wo sich die öffentliche Meinung bildet und ausgehandelt wird.

»Die öffentliche Meinung geht aus einem Diskurs hervor, in den bestenfalls eine Vielfalt der individuellen Meinungen der Bürger*innen eingeht. In umgekehrter Richtung gibt die öffentliche Meinung Orientierung bei der individuellen Meinungsbildung. Die subjektive Wahrnehmung des Meinungsklimas beeinflusst auch die Bereitschaft der Bürger*innen zur Teilnahme an der öffentlichen Meinungsbildung (Theorie der Schweigespirale). Zudem signalisiert die öffentliche Meinung den politischen Entscheidungsträgern, welche Meinung sich in der Öffentlichkeit als durchsetzungsfähig erwiesen hat und daher mit Akzeptanz rechnen kann. Umgekehrt versuchen politische Akteure, die Meinungsbildung zu beeinflussen, um Zustimmung und Unterstützung zu gewinnen« (Morozov et al. 2022: 20).

Für die weitere Bestimmung des Begriffes der Öffentlichkeit, vor allem in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand der Cancel Culture, ist es wichtig, deren Funktion im demokratischen Prozess der Willens- und Meinungsbildung zu beleuchten.

2.2 Politische Öffentlichkeit in der Demokratie

Für die gesellschaftliche und politische Ordnung in demokratischen Gesellschaften ist die Kategorie der politischen Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung. Sie ist eine wichtige Prämisse für demokratische Verhältnisse und damit elementarer Bestandteil von freiheitlich-demokratisch verfassten Gesellschaften, indem sie gesellschaftliche Diskurse über relevante Themen und dadurch einen Meinungsbildungsprozess ermöglicht und so zu politischer Entscheidungsfindung beiträgt (Neidhardt 1994: 8).

»Democratic theory focuses on accountability and responsiveness in the decision-making process; theories of the public sphere focus on the role of public communication in facilitating or hindering this process« (Ferree et al. 2002: 289).

Der werte- und normenbildende Charakter von politischer Öffentlichkeit ist also ein genuines Merkmal von Demokratie. Der Begriff der politischen Öffentlichkeit erscheint für die Untersuchung von Cancel Culture dahingehend als geeignet, da das Phänomen vorrangig als ein demokratiegefährdendes Problem diskutiert wird.

Es gibt verschiedene Modelle der Öffentlichkeitstheorie, die geeignet sind, den politischen Öffentlichkeitsbegriff und seinen Wandel durch die Digitalisierung der Kommunikationsformen zu analysieren. Sie sind alle eng mit der Demokratietheorie verbunden, betrachten den Zusammenhang von Medien, Politik und Gesellschaft und fragen nach dem Beitrag öffentlicher Kommunikation zu demokratischer Entscheidungsfindung. Die Anforderungen an Öffentlichkeit und Medien hängen somit von den zugrundeliegendem Demokratieverständnis ab.

In Bezug auf die politische Öffentlichkeit und den darin stattfindenden Meinungsbildungsprozess können vor allem drei Modelle differenziert werden. Diese weisen teilweise gewisse Überschneidungen auf und sind nicht in allen Aspekten klar voneinander abgrenzbar, unterscheiden sich aber vor allem in der Funktion der politischen Öffentlichkeit, die ihr in Demokratien zugesprochen wird: An sie richtet sich entweder der *liberale* (bzw. liberal-repräsentative), der *deliberative* oder der *partizipative* (partizipativ-konstruktionistischer⁴) Anspruch (Ferree et al. 2002; Martinsen 2009).

Politische Öffentlichkeit wird im liberalen Modell als ein *Marktplatz der Ideen* betrachtet, auf dem prinzipiell alle Ideen und Interessen geäußert werden können. Die

⁴ In diesem Kontext wird der Begriff *Konstruktionismus* nach Ferree et al (2002) verwendet. »[D]ie Besonderheit dieses Labels gegenüber dem verbreiteteren Terminus »Konstruktivismus« gründet dabei auf dem dezidierten Parteilichkeitshabitus der Vertreter dieser Denkströmung, die maßgeblich durch den französische Poststrukturalisten Michel Foucault inspiriert wurde.« (Martinsen 2009: 56, Fußnote 32)

Meinungen sollen in einer öffentlichen Debatte ausgetauscht werden, wobei die gesellschaftlichen Mehrheitsverhältnisse berücksichtigt werden sollen:

»The criterion of proportionality legitimately excludes those ideas held by small minorities but this does not exclude them on substantive grounds. Whether any content is too extreme to be permitted is a matter for debate«
(Ferree et al. 2002: 293).

Hier zeigt sich die Selektion der Meinungen aufgrund auf der Input-Ebene. Der gewünschte Kommunikationsstil soll dezidiert distanziert, sachlich, höflich und frei von Emotionen (*detachment, civility*) sein. Zentrales Ziel ist die Repräsentation der Themen und Meinungen, wobei die Partizipation der Bürger:innen nur eine marginale Rolle spielt: »[I]t is both natural and desirable for citizens to be passive, quiescent, and limited in their political participation in a well-functioning, party-led democracy« (Ferree et al. 2002: 291). Der Anspruch hier ist also nicht im basisdemokratischen Sinne eine größtmögliche Beteiligung aller Bürger:innen am Meinungsbildungsprozess, stattdessen wird im Sinne der liberal-repräsentativen Demokratie die fachliche Expertise und das Mehrheitsverhältnis als entscheidend und auch bewahrenswert betrachtet. Den Medien kommt in diesem *liberalen* Modell hauptsächlich eine Informationsfunktion zu. So sollen sie die jeweiligen gesellschaftlich relevanten Organisationen bzw. Parteien ihrer Größe entsprechend widerspiegeln – diese wiederum sollen die Interessen der Bürger:innen ihrer Verbreitung in der Gesamtgesellschaft entsprechend vertreten. Daher wird dieses Modell mit dem ›Spiegelmodell‹ und dem funktionalistischen Verständnis von Luhmann in Verbindung gebracht und »mit dem Modell der repräsentativen Demokratie verknüpft« (Seeliger/Sevignani 2021: 366).

Das *deliberative* Modell ist stark verknüpft mit dem Werk von Jürgen Habermas und seinem Ideal des herrschaftsfreien Diskurses, der Deliberation. Hier gilt »die Macht des besseren Arguments, mit dem Ziel, einen rational begründeten gesellschaftlichen Konsens zu finden, als wesentlich« (Seeliger/Sevignani 2021: 366). Dabei liegt der Fokus auf der Themenverarbeitung (*Throughput*). Die Einbeziehung der Bevölkerung und Themenoffenheit ist erwünscht, da sie den Prozess unterstützt (Ferree et al. 2002: 300). Durch einen freien Diskurs, in dem Argumente hinterfragt und begründet werden, soll eine höhere Form der Rationalität erreicht werden (Donges 2020: 289). Thematische Begrenzung erfährt dieser Ansatz nur durch »die Nichtverhandelbarkeit von Grundrechten« (Seeliger/Sevignani 2021: 366). Im Idealfall soll ein Konsens entstehen, der Höflichkeitsregeln folgt: »People are encouraged to think in terms of the collective good rather than their private good and search for areas of agreement in an atmosphere of mutual respect« (Ferree et al. 2002: 305).

Das *partizipative* Modell hat zum Ziel, dass sich viele Menschen aktiv am Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess beteiligen und vielfältige Ansichten in diesen Prozess Eingang finden. Das Hauptaugenmerk liegt auf dem Zugang zur Öffentlichkeit (*Input*), d.h., »Partizipation wird als expressiver Wert verstanden« (Martinsen 2009: 56). Alle sollen die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu äußern und im Diskurs damit auch Gehör zu finden. Das schließt die Berücksichtigung der Perspektiven von marginalisierten Gruppen mit ein. Anders als im liberal-repräsentativen sollen also nicht hauptsächlich die Mehrheitsverhältnisse, sondern die thematische Vielfalt der Gesellschaft in der Öffentlichkeit abgebildet werden. Auch private Themen können und sollen politisch verhandelt werden, sofern sie als gesellschaftsrelevant betrachtet werden (Seeliger/Sevignani 2021: 366). Der *konstruktionistische* Ansatz erweitert das partizipatorische Modell, indem nicht nur das Empowerment der marginalisierten Gruppen (also die Selbstermächtigung, am politischen Prozess und der Öffentlichkeit teilzunehmen) hervorgehoben wird, sondern auch die »Wertschätzung von Differenzen betont« (Donges/Jarren 2017: 79) wird. Um dies zu gewährleisten, sollen die Gruppen »einerseits an der allgemeinen Öffentlichkeit partizipieren, andererseits aber auch »unter sich« über eigene Formen von Öffentlichkeit verfügen« (Donges/Jarren 2017: 79).

Das partizipative Modell ist von Bedeutung bei der Analyse des digitalen Wandels der politischen Öffentlichkeit und bei der Betrachtung der Debatte um Cancel Culture, weil es vor allem den Zugang zur Öffentlichkeit betrachtet. Die Aufgabe der Medien besteht in diesem Modell darin, »die strukturellen Voraussetzungen [zu] schaffen, um auf vielfältige Weise die Handlungsfähigkeit von Bürgern zu stärken und ihrem Erfahrungswissen öffentliche Geltung zu verschaffen« (Martinsen 2009: 57). Der partizipatorisch-konstruktionistische Ansatz spricht sich in Abgrenzung zu und auch in Kritik am liberalen und deliberativen Modellen gegen das dort formulierte Ideal des rationalen Austausches von Argumenten als einzig legitime Form politischer Entscheidungsfindung aus. Er ist basisdemokratisch und herrschaftskritisch ausgerichtet, sein wesentliches Ziel ist die Ausweitung des politischen Raums und der niederschwellige Zugang zur politischen Öffentlichkeit. »Die Normen der Deliberation sind demzufolge nicht neutral, sondern kulturspezifisch bedingt und sie privilegieren bestimmte gesellschaftliche Gruppen« (Martinsen 2009: 57).

Die hier dargestellten Ansätze unterscheiden sich also vor allem im Anspruch, der an die politische Öffentlichkeit im demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsfindungsprozess gestellt wird. Die unterschiedlichen normativen Ansprüche bauen jeweils auf einem unterschiedlichen Demokratieverständnis auf und unterscheiden sich dementsprechend darin, welche Funktion der Öffentlichkeit für den Meinungsbildungsprozess zugesprochen wird.

»Während partizipatorische Ansätze großen Wert darauflegen, dass möglichst viele Ansichten Eingang in die Öffentlichkeit finden (Input), gilt die Aufmerksamkeit der deliberativen Ansätze stärker der Problembearbeitung (Throughput). Beim liberalen Paradigma steht hingegen die Mehrheitsmeinung als Ergebnis des Meinungsbildungsprozesses (Output) im Mittelpunkt des Interesses« (Seeliger/Sevignani 2021: 366).

In Deutschland bildet die journalistisch-massenmediale Öffentlichkeit die Basis für die Aushandlung öffentlicher Diskurse. Denn traditionelle Massenmedien sind bis heute bei konkreten politischen Themen ausschlaggebend (Stark et al. 2017: 181). Ferree et al. sehen den deutschen Öffentlichkeitsdiskurs in Anlehnung an das liberal-repräsentative Modell (Ferree et al. 2002: 319). Die Kommunikation der Massenmedien wird jedoch durch die zunehmende Digitalisierung und Verbreitung neuer digitaler Medien maßgeblich verändert, ergänzt und teilweise abgelöst, so dass die massenmedial hergestellte Medienarena in ihrer klassischen Form nicht länger die unumgängliche Plattform für öffentliche Diskurse darstellt. Zu beobachten ist dabei, dass Öffentlichkeit dadurch grundlegend umstrukturiert wird.

2.3 Digitaler Wandel der politischen Öffentlichkeit

Mit der Digitalisierung hat der Begriff sowie der Inhalt der politischen Öffentlichkeit eine grundlegende Transformation durchlaufen. Dieser Prozess hält bis heute an und wird andauern, solange auch die Digitalisierung nicht an ihr Ende stößt. Es »bilden sich digital Orte, Räume und Zusammenhänge des Öffentlichen heraus, die analog nicht denkbar waren. Die Bedingungen des Digitalen bestimmen also mit, wie wir Öffentlichkeit heute fassen und verstehen können« (Kruse/Müller-Mall 2020: 9f.). Welche konkreten Veränderungen für die politische Öffentlichkeit bringt ein digitaler Wandel mit sich?

Die bisherigen analogen Formen der politischen Kommunikation in der Öffentlichkeit durch Leser:innenbriefe, Lobbyarbeit, Petitionen oder Demonstrationen werden durch neue digitale Tools ergänzt. Mit der Etablierung von sozialen Medien wie *Facebook*, *Twitter* oder *WhatsApp* formieren sich neue Wege der Kommunikation zwischen den Menschen, die wiederum neue Formate, Inhalte, Akteure, Formen und Umgangsweisen hervorbringen. Vor allem journalistische Medien, die bisher für die Vermittlung der politischen Kommunikation hauptverantwortlich waren, werden in ihrer bisherigen Funktion erschüttert.

Früher waren die klassischen journalistischen Massenmedien (Radio, Fernsehen, Zeitungen) dafür verantwortlich, relevante politische Inhalte aufzugreifen und an ein

größeres Publikum zu vermitteln. Mit der Entstehung neuer digitaler Plattformen und Netzwerke wurde den klassischen Massenmedien in Teilen die Deutungshoheit darüber abgenommen, was gesellschaftlich relevant ist, und was nicht. Durch die Verbreitung des Smartphones wird der Zugang zu sozialen Medien vereinfacht, Nutzer:innen dieser treten dabei nicht nur als Konsument:innen, sondern auch als Produzent:innen von Inhalt und Information auf. In Bezug auf die Ebene der Rolle kann hier gesagt werden, dass der niedrigschwellige Zugang das Spektrum der potenziellen Sprecher:innen vergrößert und dieses nicht mehr vorrangig auf Expert:innen beschränkt. Dabei werden neue Akteur:innen sichtbar. Ein Beispiel hierfür ist der YouTuber Rezo, der es im Mai 2019 im Kontext der Europawahl mit seinem Video DIE ZERSTÖRUNG DER CDU bis in die Tagesschau schaffte (tagesschau.de 2019).

Einzelne Bürger:innen, Aktivist:innen oder Politiker:innen werden also nicht nur sichtbar, sondern können auch ihre eigenen Themen setzen und an ein unbestimmt großes Publikum adressieren. Wie die Bloggerin Anne Wizorek, die 2013 den Hashtag *#aufschrei* kreierte, der die Nachrichten über sexistische Erfahrungen zusammenfasste, und damit zugleich zeigte, »dass auch in Deutschland Debatten von gesellschaftlicher Tragweite im Netz entstehen« (Weichert 2014: 212). Durch die Zunahme öffentlicher Akteur:innen werden auch die Themen vielfältiger. Dies ermöglicht zugleich neue Deutungen und Kontextualisierung dieser Themen (*Reframing*). Die Entstehung der internationalen *#metoo*-Bewegung z.B. schaffte es, dass das Thema »Gewalt gegen Frauen« in der Öffentlichkeit nicht mehr als ein individuelles, sondern als ein strukturelles Thema verhandelt wird (Hauser et al. 2019: 131–166).

Durch die technische Entwicklung entstehen zudem neue Interaktionsformen der digitalen Öffentlichkeit, wie *Like*, *Share* oder *Retweet*. Diese bringen aber nicht nur einer Veränderung der Kommunikationsformen mit sich, sondern auch eine eigene Dynamik der Art und Weise, wie kommuniziert und sich aufeinander bezogen wird. Dabei ist es möglich, dass »die Dominanz der Sozialtechniken des ›Likens‹ und ›Sharens‹ eine Tendenz zur Affirmationsspirale mit sich bringt« (Kruse/Müller-Mall 2020: 44). Denn nicht der Diskurs an sich, sondern Algorithmen entscheiden aufgrund analysierter Daten in der großen Informationsmenge sozialer Kommunikation, welche Informationen als relevant gelten und den Nutzer:innen im *Newsfeed* angezeigt werden (vgl. Koster 2020: 111). Es entstehen ebenfalls neue Kommunikationsformate wie *Memes* oder *Live-Streams*, die Akteur:innen neue Möglichkeiten des Ausdrucks und des Erreichens ihres Zielpublikums bieten. Dies begünstigt Identitätsangebote und fördert Gruppenbildung in der digitalen Öffentlichkeit. So wird im Jahr 2015 die berühmte Comicfigur *Pepe the Frog* von der amerikanischen Alt-Right als Symbol für ihre Bewegung und rechtsextremen Werte im Internet eingenommen, sodass die Comicfigur mittlerweile von der Anti-Defamation League sogar als Hasssymbol in ihrer Datenbank gelistet wird (BBC News 2016).

2.4 Digitale Öffentlichkeiten – Twitteröffentlichkeit

Eine der aktuell bedeutendsten sozialen Medien der digitalisierten politischen Öffentlichkeit stellt *Twitter* da. *Twitter Inc.* ist ein Mikrobloggingdienst, das seit 2006 online ist. Es ermöglicht den Nutzer:innen über nationale Grenzen hinaus eine öffentliche, asynchrone Unterhaltung zu führen, indem sie Text-, Bild- oder Video-Nachrichten von mobilen Endgeräten oder Websites versenden können. Die Geschäftsidee von *Twitter* ist es »an urban lifestyle tool for friends to provide each other with updates of their whereabouts and activities« (Weller 2013) zu kreieren. Heute erlaubt es den Nutzer:innen auf die Frage »Was gibt's Neues?« in bis zu 280 Zeichen zu antworten (vgl. Murthy 2013: 2f.). Diese kurzen Nachrichten (*Tweets*) sind öffentlich auf dem Profil der Nutzer:innen für alle einsehbar, also nicht nur innerhalb des Freundeskreises wie beispielsweise bei *Facebook*. *Tweets* können geliked, beantwortet oder auf dem eigenen Profil retweeted werden. Diesen Profilen kann gefolgt werden, wodurch man entweder zum *Follower* (ich folge) oder *Followee* (mir wird gefolgt) wird. Die Verknüpfungen zwischen den Accounts verdichten sich zu einem Netzwerk, »in dem NutzerInnen (Accounts) als Knoten und ihre informationellen Beziehungen (Kontakte) als Kanten erscheinen« (Maireder/Schlögl 2015: 116). Es ist möglich, Bezug auf einzelne *Twitter*-Nutzer:innen zu nehmen, diese mit ein @-Zeichen vor dem Namen der Zielnutzer:in direkt zu adressieren. So kann ein Dialog zwischen Akteur:innen entstehen, auch wenn diese sich in der analogen Welt nicht »kennen« zB. @Beyonce, @Karl_Lauterbach oder @Abaerbock.

Obwohl die Nachrichtenlänge bei *Twitter* limitiert ist, bietet es mit Hilfe von *Hashtags* die Möglichkeit *Tweets* mit größeren Themen, bestimmten Personen oder Gruppen zu verbinden.

»Hashtags are an integral part of Twitter's ability to link the conversations of strangers together. [...] By including a hashtag in one's tweet, it becomes included into a larger »conversation« consisting of all tweets with the hashtag. The structure of communication via hashtags facilitates impromptu interactions of individuals (often strangers) into these conversations« (Murthy 2013: 3).

Durch diese komplexe Austausch- und Vernetzungsstruktur entwickelte sich *Twitter* zu »einem der wichtigsten Kanäle für öffentliche Kommunikation« (Maireder/Schlögl 2015: 116). Politische Akteur:innen und Bürger:innen können ihre Meinungen und Standpunkte miteinander kommunizieren sowie Ereignisse öffentlich verhandeln und verbreiten. *Hashtags* wie beispielsweise #metoo⁵, #aufschrei, #blacklivesmatter,

⁵ Siehe dazu Andreas Bernard: »This debate began in the fall of 2017 and has since transformed cultural attitudes toward sexual harassment and violence in a way that can perhaps only be com-

#corona oder *#hanau* verbinden einzelne Nutzer:innen und/oder Gruppierungen zu einem großen weltweiten Netzwerk.

Als *Twitter* 2008 die Funktion der *trending topics* einführt, d.h. Listen mit den derzeit beliebtesten Hashtags, werden die algorithmischen Prozesse im Hintergrund von *Twitter* sichtbar (Weller 2013: 139). Denn »if someone includes a trending topic hashtag in a tweet, it is many more times likely to be read by others through trending topic searches or through retweets« (Murthy 2013: 31f.). Diese technische Neuheit wurde kontrovers diskutiert, wobei *Twitter* teilweise vorgeworfen wurde, Themen zu zensieren, damit diese nicht auf der globalen Liste auftauchen (Weller 2013: 140).

Die Besonderheit des Hashtags ist, dass sie sich »durch eine spontane Ausbildung sowie durch einen von einzelnen Nutzer:innen initiierten Ursprung« auszeichnen (Koster 2020: 108). Diese Form der Öffentlichkeit, die zu einem bestimmten Ereignis oder Thema entsteht, wird immer mehr zu einem wichtigen Teil der Kommunikationsstruktur der demokratischen Gesellschaft.

2.5 Effekte des digitalen Wandels auf die politische Öffentlichkeit

Der digitale Wandel ist seit den 1990er Jahren für viele Transformationsprozesse verantwortlich, die zwar erst einmal nur »auf technologischen Innovationen bei der Herstellung, redaktionellen Bearbeitung und Verbreitung von Inhalten verschiedenster Art basieren, stets aber auch politische, soziale und kulturelle Veränderungen zur Folge haben« (Bieber 2019: 156).

Diese Veränderungen haben wiederum Einfluss auf die Struktur der politischen Öffentlichkeit. Zwar erweitern neue Medien wie Social-Media-Plattformen, Blogs, Instant-Messenger u.a. die Medienlandschaft und setzen neue Impulse für die gesellschaftliche Kommunikation, sie sind aber nicht per se demokratiefördernd. Denn »[o]b die Nutzung sozialer Netzwerke demokratieförderlich oder -hinderlich ist, hängt von Akteuren, der Art der Nutzung (Was wird wie kommuniziert?) ebenso ab wie von den Nutzungsmotiven und -zielen (Warum wird mit welchem Ziel kommuniziert?) sowie sozialem Kontext, in dem sie agieren« (Kneuer et al. 2015: 29).

Im Folgenden sollen jedoch weniger die normativen Aspekte des digitalen Wandels auf die Öffentlichkeit im Vordergrund stehen, sondern eher ihre strukturelle Veränderung beleuchtet werden.

pared to the historical upheavals of 1968. Instigated by two magazine articles about the film producer Harvey Weinstein and by the actress Alyssa Milano's famous tweet from October 15, 2017 (»If you've been sexually harassed or assaulted write »me too« as a reply to this tweet«), [...] it has without a doubt increased society's collective sensitivity toward forms of sexualized violence and its awareness of the connections between power relations and sexual harassment« (2019: 75).

2.5.1 Plattformisierung

Journalistische Medien waren lange Zeit ein entscheidender Teil der Kommunikationsinfrastruktur. Die Entstehung der Internet-Plattformen mischte diese bisherige Ordnung auf und es etablierte sich ein hybrides Mediensystem. »Plattformen haben sich zu einem relevanten Machtfaktor in der (politischen) Öffentlichkeit entwickelt und einen Transformationsprozess im publizistischen Mediensystem ausgelöst« (Jarren/Fischer 2022: 183).

Um Themen in die Öffentlichkeit zu tragen, war es für Einzelpersonen vor Einführung der sozialen Medien notwendig, journalistische Gatekeeper zu kennen und Beziehungen zu Vorständen, Parteien und Verbänden zu pflegen. Diese Möglichkeit war nur wenigen Personen vorbehalten und beinhaltete enormen zeitlichen und strukturellen Aufwand, war also letztendlich eine Frage von Ressourcen und Macht. Denn die publizistischen Medien »agierten allein als stabil institutionalisierte Produktions- und Vermittlungsorganisationen mit professionellen Rollenträgern und regelgeleiteten Prüf-, Auswahl- und Vermittlungsformen und bestimmten die Wirklichkeitskonstruktion« (Jarren/Fischer 2022: 195).

Durch Social-Media-Plattformen besteht heutzutage für alle Menschen (mit Internetzugang) die Möglichkeit, ein eigenes Thema zu setzen und zu verbreiten. Zwar haben die Nachrichtenportale der größten deutschen Zeitungen wie *BILD*, *FAZ*, *Der Spiegel*, *Die Welt* und *Die Zeit* eine große Reichweite (Statista Global Consumer Survey 2022), doch mit »dem Anwachsen der Gesamtmenge an Information und Kommunikation scheint auch der Wert journalistisch aufbereiteter Information gesunken zu sein« (Hooffacker et al. 2018: 20). Somit büßt der professionelle Journalismus seine Orientierungsfunktion ein, Themen zu setzen und Meinungsbildung zu ermöglichen und zu steuern. Die Journalist:innen agieren nur noch als »Gatewatcher«, deren Aufgabe es ist, die Masse an Informationen, Daten und Meinungen zu kuratieren und zu moderieren (Hooffacker et al. 2018: 18), wodurch die Leidtragenden die gedruckten Tageszeitungen sind, deren Auflage und Werbeeinnahmen immer mehr zurückgehen (BDZV 2021). Hingegen haben traditionelle Fernsehformate wie *Tagesschau* oder *Tagesthemen* in den letzten Jahren sogar an Reichweite gewonnen (Statista 2022), sodass die Massenmedien zwar an Autorität, aber nicht unbedingt an Macht eingebüßt haben. Jene Macht wird aber von Gruppen und Einzelpersonen herausgefordert, die auf *Twitter* o.ä. Plattformen Millionen Follower haben und somit mit einem Klick eine enorme Reichweite erlangen können.

2.5.2 Macht der Konzerne

Während die Digitalisierung einerseits mehr Menschen Zugang zu Informationen und eigene Themensetzung ermöglicht, befördert sie andererseits die Machtkonzentration in die Hände weniger großer Unternehmen. Der Medien- und Kommunikationswissenschaftler Christian Fuchs sieht den demokratischen Charakter der politischen Öffentlichkeit in Zeiten des *digitalen Kapitalismus* in Gefahr (Fuchs 2019). Er macht digitale Monopole, digitale Überwachung und den digitalen Autoritarismus dafür verantwortlich. Unter digitalem Kapitalismus versteht er »die Gesamtheit all jener Aspekte der kapitalistischen Gesellschaft, bei denen die Akkumulation (von Geld, Entscheidungs- und Definitionsmacht) mit der Hilfe digitaler Technologien organisiert wird« (Fuchs 2019: 52). Da ein Großteil der öffentlichen Kommunikation über digitale Monopoldienste wie *Google*, *Facebook* oder *Twitter* verläuft, werden demnach Pluralität und Qualität der öffentlichen Kommunikation eingeschränkt.

»Instagram-Aktivist*innen berichteten im Mai 2021 von eingeschränkten Reichweiten und sogar Löschungen von politischen Beiträgen über Feminismus, Polizeigewalt und Rassismus durch die Plattform. Nach Protesten stellte das Unternehmen zwar viele Inhalte wieder her, dennoch wird deutlich, wie fragil eine demokratische Öffentlichkeit ist, deren wirkmächtige Foren unter der Kontrolle von privaten Konzernen stehen« (Maier 2021: 5).

Die Unternehmen unterliegen kaum einer inhaltlichen Kontrolle und müssen sich nicht an demokratische Standards halten. Es bietet die Gefahr der Auswertung und des Verkaufs von Nutzer:innendaten, weil der Zugang und die Nutzung von digitalen Kommunikationsräumen oft mit dem Preisgeben der personenbezogenen Daten oder mit dem hochkompetitiven Verdrängungswettbewerb der Werbungs- und Veranstaltungshinweise verbunden ist (Bieber 2019: 157). Andererseits kann diese fehlende Kontrolle der Inhalte Nährboden für die Verbreitung von antidemokratischen Meinungen oder Verschwörungstheorien bieten. Das Problem fehlender demokratischer Kontrollinstanzen in den Räumen der digitalen Öffentlichkeit zeigte sich eindrücklich mit der Übernahme von *Twitter* durch den Multimilliardär Elon Musk im Oktober 2022. Quasi als Alleinherrscher bestimmte er in der Folge die Regeln auf dieser Plattform, blockierte missliebige oder ihm gegenüber kritische eingestellte Accounts, schaltetet zuvor wegen *Hatespeech* gesperrte Accounts wieder frei (u.a. Donald Trump) und nahm so enormen Einfluss auf den dortigen Diskurs.⁶

⁶ Innerhalb kürzester Zeit nahm die Anzahl rassistischer und anderer diskriminierender Inhalte auf *Twitter* durch die Übernahme der Plattform von Elon Musk stark zu, sodass viele Nutzer:innen als Reaktion darauf die Plattform verließen.

2.5.3 *Personalisierung und Emotionalisierung*

Das Neue an digitalen Plattformen wie *Facebook*, *Instagram* oder *Twitter* – im Gegensatz zu massenmedialer Kommunikation – ist, »dass sie mithilfe von Algorithmen große Nutzerinnengruppen individualisiert (in dieser Individualisierung gleichwohl standardisiert) ansprechen können« (Kruse/Müller-Mall 2020: 9). Die Informationswissenschaftlerin Katrin Weller schreibt bereits 2013, *Twitter* biete einen »particular communicative space which is affording the emergence of a new type of publicness: the ›personal public« (Weller 2013: 4). Auch die Politikwissenschaftlerin Ann-Kathrin Koster betont die Entstehung partikularer Öffentlichkeiten durch Hashtags und mit ihnen verbundene Themen: »Durch die gezielte Nutzung von Schlagworten können konkrete, themenbezogene Öffentlichkeiten initiiert werden [...]« (Koster 2020: 110).

Sigrid Baringhorst vereint beide Gedanken und nennt diese Form: *personalisierte issue publics*. Dabei beobachtet sie eine Emotionalisierung sowie Personalisierung der Kommunikation der digitalen Teilöffentlichkeiten:

»Bedingt durch die Personalisierung fördert massenhafte persönliche Kommunikation in den sozialen Medien die Herausbildung affektiver Öffentlichkeiten. Nachrichten sind oft als Geschichten formuliert und gewinnen insbesondere wegen ihrer emotionalen Ansprache Aufmerksamkeit« (Baringhorst 2019: 104).

Baringhorst umschreibt digitale Hashtag-Öffentlichkeiten im Gegensatz zur massenmedialen Öffentlichkeit als dynamische »bottom up, kollaborativ und dezentral entstandene Empörungswellen [...], in denen Macht- und Herrschaftseliten bzw. diskriminierende Gesellschaftspraktiken kritisch beobachtet und Normverletzungen skandalisiert werden« (Baringhorst 2019: 103). Nach Meyer et al. sind Empörungswellen durch folgende Merkmale gekennzeichnet (Meyer et al. 2018: 179f):

Diese Skandale können in Empörungswellen umschlagen, die durch Tweets und Retweets aufgebaut werden und Druck auf Beteiligte auslösen sollen. In der wechselseitigen Kommunikation werden der Kontext und der Vorgang/die Aussage sowie die Reaktionen darauf diskutiert. Print- und Onlinemedien kommentieren den Skandal, welcher wiederum online diskutiert wird. Durch internetbasierte Kommunikation sind eine schnelle Verbreitung und Kommunikation sowie Mobilisierung ermöglicht. Social Media (z.B. *Twitter*) überbrückt die Kommunikation zwischen verschiedenen Öffentlichkeitsebenen und Akteuren, wobei sowohl abwertende Sprache als auch Aufrufe zu Straftaten vorkommen können.

Eine in dem Zuge oft angebrachte These lautet, dass es mit dem Aufkommen von sozialen Medien und dem veränderten Medienangebot zur »Fragmentierung des

Publikums, zur Auflösung von Öffentlichkeit und zu gesellschaftlicher Desintegration« (Welz 2002) komme. Die These, dass soziale Medien nicht zum »more nuanced and complex discussion of issues, but rather to simplifications, extreme points of view and moral rages« (Bouvier/Machin 2021: 308) führen, birgt die Gefahr der einseitigen Bewertung der Kommunikation sowie des Meinungsbildungsprozesses. Beobachtete Netzwerkphänomene wie Echokammern und Filterblasen heizen die Debatte um die Fragmentierungsthese weiter an⁷. Doch die Nebeneffekte der Empörungswellen können sowohl negativer als auch positiver Natur in Bezug auf den demokratischen Diskurs sein. Sie können Shitstorms oder Hate Speech fördern, aber auch soziale Bewegungen formieren.

2.5.4 *Selbstermächtigung/Aktivismus*

Die größte Errungenschaft der sozialen Medien ist, dass sie potenzielles Partizipieren an der Öffentlichkeit relativ niedrigschwellig ermöglichen. Fast alle können Sprecher:innen und Empfänger:innen von Information sein. Es entstehen neue Öffentlichkeitsräume und damit auch neue Protestformen. Fielitz und Staemmler unterscheiden fünf Formen des digitalen Aktivismus: *Klick-*, *Hashtag-*, *Kampagnen-* und *Techaktivismus* sowie *Hacktivismus* (vgl. Fielitz/Staemmler 2020). Soziale Netzwerke bieten sich als Räume für politischen Aktivismus an, in dem sie die Möglichkeit der Vernetzung in Echtzeit, Informationsaustausch und Mobilisierung vereinen (Kneuer et al. 2015; vgl. Ng 2022: 42). Habermas spricht von einer Selbstermächtigung der Bürger:innen durch soziale Medien, die »allen Bürgern eine eigene öffentlich wahrnehmbare Stimme und dieser Stimme sogar mobilisierende Kraft« verleihen würden (Habermas 2021: 488). Seit der Verbreitung von digitalen Endgeräten in nahezu allen Bevölkerungsschichten wird immer wieder die Bedeutung von sozialen Medien bei großen Protestbewegungen diskutiert, so z.B. bei der Mobilisierung zum sog. *Arabischen Frühling* ab Dezember 2010.

Soziale Medien können also politische Partizipation sowie politische Mobilisierung ermöglichen. Ein weiterer demokratischer Aspekt ist die Erfahrung der Selbstwirksamkeit:

⁷ Vgl. dazu Stark et al.: »Während sich die Filterblase auf die Bildung fragmentierter Teilöffentlichkeiten bezieht und damit die Risiken der Nutzung und Verbreitung von Algorithmen-basierten Informationen in den Vordergrund stellt, stützt sich die Metapher der Echokammer auf den Verlauf gruppenspezifischer Meinungsbildungsprozesse in solchen personalisierten Informationsumgebungen [...], in denen Personen ihre eigene Meinung immer wieder als Echo zurückerhalten. Im Ergebnis erfolgt eine Bestätigung bzw. Verstärkung bestehender Einstellungen und Interessen durch die Wahrnehmung konsonanter Meinungen« (Stark et al. 2017: 32).

»Die Bürger:innen müssen dazu in der Lage sein, Erfahrungen politischer Selbstwirksamkeit zu machen, um eine Bindung an die und Verpflichtung gegenüber der Demokratie zu entwickeln. Die Öffentlichkeit ist der Ort dieser Selbstwirksamkeit, öffentliche Selbstwirksamkeit eine Erfahrung politischer Freiheit« (Schlette 2021: 73).

So werden die sozialen Netzwerke auch als 5. *Gewalt* bezeichnet, »die aus den vernetzten Vielen besteht und zu einer eigenen öffentlichkeitswirksamen Macht geworden ist« (Hauser et al. 2019: 11). Ihre Potenziale werden im Agendasetting von unten, Publizieren und Erschaffen von alternativen Öffentlichkeiten abseits der Massenkultur, als Meinungskorrektiv und in der Kritikrolle verbucht. Außerdem können sie die Bildung von Protestgemeinschaften beflügeln und Enthüllungsarbeit leisten, die öffentliche Akteur:innen in Erklärungsnot bringen kann.

Wie hier dargestellt wurde, lässt sich nicht eindeutig sagen, ob der digitale Wandel in der politischen Öffentlichkeit zu einer Demokratisierung dieser führt oder eher antidemokratische Tendenzen fördert und verstärkt. Für beide Entwicklungen lassen sich Beispiele finden. Man könnte auch sagen, dass der digitale Wandel auf der Strukturebene zu einer Demokratisierung der politischen Öffentlichkeit geführt hat, was aber nicht notwendigerweise auch einer Demokratisierung auf normativer Ebene bzgl. der Inhalte bedeutet. Was sich jedoch definitiv verändert hat, sind die Möglichkeiten der Partizipation und damit auch der Einflussnahme auf den politischen Diskurs durch Interessengruppen und Einzelpersonen, die zuvor nicht diese Macht besaßen. Während die erfolgreiche Themensetzung ebenso wie die Lenkung des Diskurses vom Zugang zu Massenmedien abhing und Journalist:innen, Lobbygruppen und großen Akteur:innen (Parteien, NGOs, etc.) vorbehalten war, können nun auch Themen »von unten« gesetzt werden. Dadurch hat sich die politische Öffentlichkeit in Bezug auf die Themensetzung, die Akteur:innen und auch bezüglich der Plattformen, wo diese Öffentlichkeit hergestellt wird, enorm verändert und ist partizipativer geworden. Diese grundlegende Veränderung fordert die traditionellen Akteur:innen im Meinungsbildungsprozess heraus.

3 **Cancelling als Form der politischen Kommunikation**

Um dem Phänomen der Cancel Culture näher zu kommen, ist eine Differenzierung zwischen *cancelling/cancel practices* und *cancel discourse* hilfreich (vgl. Ng 2022: 5f.). Unter dem Begriff des *Cancelling* werden unterschiedliche Praktiken subsumiert, und zwar online wie offline. Ganz allgemein bedeutet er den (Aufruf zum) Entzug

von öffentlicher Unterstützung für ein Zielobjekt (Person, Institution, Unternehmen, Personengruppe) und wird vordergründig in den sozialen Netzwerken praktiziert, z.B. durch Entfolgen, Hashtags verbreiten, Boykott einer Veranstaltung oder des Kaufens eines bestimmten Produktes usw. Auf institutioneller Ebene können die Praktiken z.B. Absagen von Auftritten, Kündigung von Verträgen, Entlassen von Angestellten etc. beinhalten. *Cancel discourse* dagegen beschreibt Diskussionen und Kommentare in den Medien über die Praktik des Cancelling und dessen Folgen. Die Debatte um Cancel Culture und seine vermeintliche Bedeutung ist also Teil des cancel discourse. Clark hebt dabei den Kontext von Macht- und Herrschaftsverhältnissen hervor, in dem der Diskurs um Cancel Culture geführt wird: »[A]ny examination of so-called ›cancel culture‹ must begin with an analysis of the power relations by which it is defined« (Clark 2020: 89). Laut Clark handelt es sich bei dem Begriff Cancelling um »digital discursive accountability praxis, from its origins in Black oral tradition to its misappropriation by social elites« (Clark 2020: 88).

Zur analytischen Ein- und Abgrenzung des Phänomens der Cancel Culture werden ihre Prämissen sowie die normativen Ansprüche des Cancelling analysiert. Sogleich soll Cancelling als mediale politische Praxis eingeordnet und ihre (realen wie behaupteten) Auswirkungen aufgezeigt werden. Um ein kohärentes Bild des Phänomens des Cancelling nachzeichnen zu können, wird im folgenden Abschnitt zunächst der Ursprung der Verwendung des Begriffs dargestellt.

3.1 Cancelling – Über die Genese des Begriffs

Cancelling als Begriff für eine diskursive Praxis hat seinen Ursprung in der Schwarzen Populärkultur der USA der 1980er Jahre, also bereits vor der Digitalisierung der sozialen Kommunikation. »The use of ›cancel‹ to refer to rejecting or repudiating a person (as opposed to terminating something like an event or activity) occurred well before the digital era« (Ng 2022: 49). Diese hier beschriebene Verwendung findet sich z.B. im Lied *YOUR LOVE IS CANCELLED* des Sängers Nile Rodgers und seiner Band *Chic* 1981, die auf diese Weise Einfluss auf die Bedeutungsverschiebung des Begriffs hin zu einem personenbezogenen Praxis in den USA hatten. Auch im Film *NEW JACK CITY* von 1991, der dem Genre des New Black Cinema zuzuordnen ist, wird auf das Phänomen des Cancelling von Personen angespielt: Wesley Snipes spielt darin den Gangster Nino Brown, der sich mit den Worten »Cancel that bitch. I'll buy another« von seiner gegen ihn protestierenden Freundin trennt (Romano 2019). Seitdem nahm »the idea of ›canceling‹ a person for unacceptable behavior« Fahrt auf und wurde fortan von einigen afro-amerikanischen Rappern wie 50Cent oder Lil Wayne genutzt, dabei allerdings oft in misogyner Weise (Romano 2019).

Mittlerweile hat Cancellings eine starke Präsenz in der medialen Öffentlichkeit und ist somit auch als Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen von Interesse. So stellt die Medienwissenschaftlerin Meredith Clark fest, dass die Praktik des Cancellings mit den digitalen und oralen Praktiken des *Calling Out* in den »queer communities of color« verwandt ist (Clark 2020: 89). »Callout practices are currently understood as an individual, media text, brand/company etc. being ›called out‹ or identified by multiple people, usually on social media, for their problematic words or actions« (Ng 2022: 48). Die Wurzeln des Calling Out liegen in der *Tumblr*-Szene. Großen Einfluss hatte hierbei z.B. der Blog YOUR FAVE IS PROBLEMATIC, der in den frühen 2010er Jahren begann, problematisches Verhalten von Celebrities öffentlich zu listen. Der Ansatz wurde von Menschen aller Art genutzt, um Kritik an der Popkultur oder an Personen des öffentlichen Lebens zu üben (Romano 2019). Auf normativer Ebene ist die Praktik des Calling Out als Vorwurf (Benennung des vermeintlichen Vergehens und Identifizierung der Person) und die des Cancellings als Aufruf zur Ablehnung/Boycott/Protest also mit dem Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit zu verstehen.

Ein besonders eindrückliches und bekanntes Beispiel hierfür ist die *#MeToo*-Bewegung, die im Oktober 2017 in den sozialen Medien entstand. Unter dem Hashtag sollten Frauen ihre Erfahrungen mit sexueller Belästigung und sexualisierten Übergriffen beschreiben, um auf das Ausmaß dieser Gewalt aufmerksam zu machen. Prominente *#MeToo*-Fälle u.a. des Filmproduzenten Harvey Weinstein, des Musikers R. Kelly oder des Schauspielers Kevin Spacey sorgten weltweit für große mediale Aufmerksamkeit und stießen eine breite gesellschaftliche Debatte an, die in einem solchen Maße öffentlichen Druck auf Institutionen und die Beschuldigten ausübte, dass es teilweise zu Verurteilungen der Beschuldigten vor Gericht führte.⁸ Gleichzeitig wurden diese Praktiken öffentlich kontrovers diskutiert:

»Es hat den Geschmack von Lynchjustiz, wenn Zeugnisse in den Medien ausreichen, um verwerfliches Verhalten für bewiesen zu halten und Sanktionen zu verhängen« (Schmidbauer 2017).

Cancellings wird also von den einen als Kampf um Anerkennung von erfahrenem Unrecht und als Selbstermächtigungsmoment betrachtet, und von den anderen als Selbstjustiz kritisiert. Es steht damit in enger Verbindung zu Diskussionen zu *Political Correctness* oder aktueller; *Wokeness*.

⁸ Zum Fall von R. Kelly siehe Ng: »While *#MuteRKelly* did succeed in having a couple of Kelly's scheduled performances cancelled, its actions received a significant boost from the documentary *Surviving R. Kelly*, which aired on the Lifetime channel in January 2019, detailing multiple sexual abuse allegations. After this, Kelly's record company, RCA Records, dropped him, several prominent musicians who had worked with Kelly removed the songs on which they had collaborated with him from circulation, and a number of radio stations stopped playing Kelly's music« (2022: 55).

Die Debatte um den Begriff der Political Correctness (dt. politische Korrektheit) entsteht bereits in den 1980/90er Jahren im Kontext der erstarkenden Antidiskriminierungsbewegungen in den USA. Basierend auf der Vorstellung, dass Sprache, Denken und Handeln eng miteinander verknüpft seien, fordert diese, möglichst diskriminierungsfreie oder –arme Sprache zu benutzen:

»Auch sprachlich sollten Menschen aufgrund ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit, ihrer sozialen Stellung, ihres Alters oder aufgrund einer Behinderung nicht beleidigt und zurückgesetzt werden« (Forster 2010, H.i.O.).

Allerdings hat der Terminus in veränderter Verwendungsweise vor allem in der konservativen Rechten sowohl in den USA als auch in Deutschland Verbreitung gefunden, um damit auf eine vermeintliche Einschränkung ihrer Redefreiheit zu referieren (Auer 2002).

Die Begrifflichkeit woke wiederum wird im Jahr 2014 politisiert, im Zuge der *Black Lives Matter Bewegung* (BLM), die aufgrund der Tötung von Michael Brown in Missouri durch einen Polizisten entstanden war (Ng 2021). Woke (wach) sein rekurriert auf einen (angestrebten oder geforderten) Zustand, sich sozialer und politischer, vor allem auch struktureller Diskriminierungsformen, hier insbesondere des Rassismus, bewusst zu sein. So gesehen hatte die BLM-Bewegung auch das Ziel, die Menschen woke zu machen, also aufzuwecken, indem auf rassistische Vorurteile und strukturelle Diskriminierung in der (US-amerikanischen) Gesellschaft aufmerksam gemacht wurde.

In der öffentlichen Debatte »existieren [die Begrifflichkeiten] in erster Linie als negativ besetzte Fremdzuschreibungen« (Rusch 2022). So gibt es die These, dass es eine Form »dogmatischer, intoleranter Politik« sei und dass »mit der Schöpfung neuer Begriffe keine Veränderung der sozialen Wirklichkeit einhergehe« oder dass es gar »zu einer Verharmlosung gesellschaftlicher Missstände, sozialer Ungerechtigkeiten und Vorurteile« kommen könnte (Forster 2010). Oft wird der Vorwurf des Moralisierens laut, dass »nicht näher definierte ›Sprachpolizisten‹, ›Tugendterroristen‹, neuerdings ›Lifestyle-Linke‹ und ›Social Justice Warriors«« (Rusch 2022) Andersdenkende mundtot machen wollen würden. So wirkt die Nutzung dieser Begriffe als Abwehr gegenüber der Tatsache, dass man nicht mehr ohne Konsequenzen misogynie, rassistische oder andere diskriminierende Sprache verwenden kann.

Im Zuge dieser neuen sozialen Gerechtigkeitsbewegungen wie #MeToo und BLM gewinnt auch der Begriff des Cancellings an Bedeutung und findet durch Twitter und seine technischen Möglichkeiten große Verbreitung (Ng 2022: 39; Romano 2021).

»Black musicians, characters, and personalities in popular media helped circulate the language of cancelling, with the confluence of Twitter’s trending topics and hashtag movements such as #MeToo and #BlackLives-Matter contributing to the spread of both cancelling actions and language« (Ng 2022: 9).

3.2 Cancelling als (Online-)Aktivismus

Als Praktik, die ihren Ursprung in den Emanzipationsbewegungen marginalisierter und diskriminierter Gruppen hat, stellt Cancelling eine Form der politischen Kommunikation dar und ist somit an eine politische Öffentlichkeit gebunden.

»The idea of canceling began as a tool for marginalized communities to assert their values against public figures who retained power and authority even after committing wrongdoing« (Romano 2021).

Wichtig dabei ist, dass es bei Cancelling nicht darum geht, wie bei politischer Opposition an die Macht zu kommen. Es geht vielmehr um die Forderung nach Rechenschaft und Verantwortungsübernahme bzgl. diskriminierendem (oder als diskriminierend wahrgenommenem) Verhaltens, und damit auch um das Durchsetzen von demokratischen Werten wie Gleichheit, Gleichberechtigung und Schutz vor Diskriminierung (richtet sich also gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus usw.).

Viele zeitgenössische politische Bewegungen wie *Fridays for Future*, #MeToo, BLM, aber auch rechte Kampagnen wie z.B. *EinProzent* nutzen digitale Werkzeuge und Diskursräume, um sich zu organisieren, Einfluss zu nehmen und Druck auf politische Entscheidungsträger:innen auszuüben. Wie in Kapitel 2 beschrieben, wird die politische Öffentlichkeit durch das Aufkommen der sozialen Medien erschüttert: Neue Partizipationsmöglichkeiten und -formate entstehen, Macht- und Hierarchieverhältnisse werden aufgebrochen oder zumindest in Frage gestellt. Soziale Medien wie *Twitter* ermöglichen auf diese Weise ein Mehr an Partizipation, verändern durch ihre eigene Struktur und Dynamik aber auch den Diskurs selbst. Ein markantes Merkmal der Sozialen Medien ist, »dass sie über die epistemische Dimension rationaler Diskurse hinaus emotionalisierte, strategische und identitätsorientierte Diskurse begünstigen, die das deliberative Paradigma öffentlicher Meinungsbildung und die Prinzipien politischer Rationalität und logischen Argumentierens in Frage stellen« (Bucher 2020: 124). Sie fördern die Verbreitung von emotionalen Reaktionen (Kneuer et al. 2015), woraus Empörungswellen entstehen.

»Gesteuert durch die Filter und Beschleunigungsdynamiken plattformspezifischer Algorithmen formiert sich die öffentliche Meinung in digital vernetzter Rückkopplungsschleifen oft blitzschnell und wellenförmig« (Baringhorst 2019: 103).

Diese durch die Digitalisierung hervorgerufenen Entwicklungen nehmen großen Einfluss auf das Phänomen des Cancellings. Algorithmen, Netzwerkphänomene wie Echokammern und Hashtags werden zu zentralen Elementen für die Praktik des Cancellings. Dabei gruppieren Hashtags die zahlreichen Themen und erleichtern der Berichterstattung die Anschlusskommunikation in der Presse durch die einfache Einbettung.

Hierfür hat sich mittlerweile der Begriff des *Online- oder digitalen Aktivismus* etabliert. Darunter fällt »jede aktivistische Praxis [...], die sich digitaler Infrastrukturen, also Hardware und Software, bedient, um sozialen oder politischen Wandel voranzutreiben« (Fielitz/Staemmler 2020: 427). Für die Einordnung von Cancellings als aktivistische Praxis im digitalen Raum soll sie hier in Zusammenhang mit der widerständigen Form des Protests gesetzt, als Hilfestellung herangezogen werden.

Einerseits wird Protest als eine Form der politischen Kommunikation in der Öffentlichkeit angesehen. Für Luca Tratschin stellt Protest einen besonderen Typus der Kommunikation von sozialen Bewegungen dar, wobei es eindeutige Sender und Empfänger gibt, die bestimmten Ansprüchen gerecht werden müssen:

»Dabei zeichnet Protestkommunikation gerade aus, dass der oder die Protestierende sich nicht selbst für die Lösung verantwortlich sieht, sondern Maßnahmen von anderen erwartet. [...] [D]ie Zuständigkeit für die Lösung und damit auch deren Folgen liegt bei den von den Protestierenden identifizierten Verantwortlichen« (Tratschin 2016: 39).

Protest wird also an ein bestimmtes Zielobjekt adressiert und dessen Verantwortung wird angemahnt (Luhmann 1991: 135, nach Tratschin 2016: 37).

Andererseits beinhaltet der Protest neben der unmittelbaren Artikulation des Protestanliegens auch die Teilnahme am politischen Geschehen. Daphi et al. bezeichnen Protest als eine zentrale Form der Partizipation, die Konflikte sichtbar macht und von Bürger:innen außerhalb politischer Institutionen organisiert wird. Denn Proteste »beeinflussen öffentliche Diskurse, politische Kultur, einzelne politische Entscheidungen und Politikfelder, zuweilen sogar ganze Regierungssysteme« (Daphi et al. 2017: 7).

Für die Untersuchung von Cancellings sind beide Aspekte von Bedeutung. Cancellings artikuliert eine Unzufriedenheit im bestehenden System und appelliert gleichzeitig an die Partizipation von Anderen zwecks Verbreitung und Nachdruckverleihung des

politischen Anliegens z.B. mittels der Hashtags. Cancellings stellt also eine Form des politischen Aktivismus dar.

»Canceling is a way to acknowledge that you don't have to have the power to change structural inequality. [...] You don't even have to have the power to change all of public sentiment. But as an individual, you can still have power beyond measure« (Romano 2021).

Dieses Zitat verweist auf eine individualisierte Form des Cancellings, indem Einzelne an demokratische Werte und das Handlungspotenzial der Gesellschaft appellieren. Gleichzeitig ist es mit kollektiven Forderungen nach mehr Verantwortlichkeit vom Gesellschafts- und Sozialsystem verbunden, die marginalisierte Menschen und Gemeinschaften bisher im Stich gelassen haben. Ng beschreibt Cancellings »as a mode of collective political action online« (Ng 2022: 65).

»The cancelling strategy typically uses social media to shame individuals with the intention of exerting penalties with different degrees of severity, ranging from limiting access to public platforms, damaging reputations, and ending careers to instigating legal prosecutions« (Norris 2020: 2).

Als digitale Praxis wird Cancellings dabei als eine Mischung aus zwei Arten des Online-Aktivismus verortet, die sich durch den Grad der Beteiligung unterscheiden: »[C]licktivism which is the act of liking, upvoting a message, or following an account on social media, and metavoicing, which involves sharing, retweeting, reposting, or commenting a post are both considered digital spectator activities« (Saint-Louis 2021).

3.3 Wirkung und Zweck des Cancellings

Cancellings hat als Zweck öffentlichen Boykott. Es ist mit der Praktik des *Deplatforming* verwandt, die Hass im Internet Einhalt gebieten möchte.

»Es meint den Ausschluss von Accounts aus sozialen Netzwerken oder aber auch von Zahlungsdienstleistern. Deplatforming verringert in der Regel die öffentliche Sichtbarkeit der betroffenen Organisationen oder Einzelpersonen signifikant und oftmals auch deren finanzielle Einkommen. Es ist ein sehr mächtiges Instrument, das den privaten Plattformen zur Verfügung steht« (Reuter 2020).

Das wohl bekannteste Beispiel ist der ehemalige US-Präsident Donald Trump, der nach dem Sturm auf das Kapitol 2021 in den USA durch seine Anhänger:innen auf mehreren Plattformen wie *Facebook*, *Twitter* oder *Twitch* gesperrt wurde (Karaian et al. 2021). Alleine bei *Twitter* hatte er fast 89 Millionen Follower, als er dort gesperrt wurde, sodass er durch das Deplatforming einen seiner wichtigsten Kommunikationskanäle verlor.

Ein wichtiger Aspekt bei der Analyse der Praktik des Cancelling, gerade in Bezug auf die Debatte um Cancel Culture, ist die Frage der realen Auswirkungen, also ob das geforderte Cancelling auch tatsächlich durchgeführt wird. Dies liegt nämlich i.d.R. nicht in der unmittelbaren Macht der Personen oder Gruppen, die zum Cancelling aufrufen, sondern der Erfolg davon hängt von beteiligten oder angesprochenen Dritten ab, die bspw. ökonomische oder politische Macht über Personen haben und tatsächlich Sanktionen verhängen können. »[E]mployers, advertisers, licensors, enforcement agents, other state authorities, or even business partners are the ones who respond to callouts by the public« (Saint-Louis 2021). So spielen auch hier die konkreten Machtverhältnisse eine große Rolle.

Cancelling bleibt nicht folgenlos und kann für beispielsweise für »book deals being torn up, editors and journalists demoted or fired, and public intellectuals attacked« (Norris 2021: 2) verantwortlich sein. Damit geht oft ein monetärer Verlust einher. »[O]nline fan support can be withdrawn, with observable financial impact« (Ng 2022: 18). Innerhalb der sozialen Medien kann es zu sog. *Shitstorms* kommen. Der Entrüstungsturm, der sich im Internet mit zum Teil beleidigenden und bedrohenden Äußerungen gegen die Personen/Unternehmen richtet, ist mit negativen Emotionen geladen und überschreitet teilweise (Persönlichkeits-)Grenzen.

»Diejenigen, die sich daran beteiligen, greifen ihre Opfer an und brechen dabei allgemeine Form- und Benimmregeln. Man kann sogar sagen, dass die zivilisatorische Schicht, welche sich in demokratischen Auseinandersetzungen gebildet hatte, zerbröckelt« (Stegbauer 2018: 34).

Wenn Cancelling gegen gewöhnliche Menschen, also keine öffentliche Personen, gerichtet ist, kann es zu realen und weitreichenden Konsequenzen im Leben führen. Ein Beispiel dafür ist der Fall von Amy Cooper. Cooper, eine weiße Frau, war mit ihrem Hund im New Yorker Central Park unterwegs und hatte den Hund – entgegen der Vorschrift – nicht angeleint. Als sie von einem schwarzen Parkbesucher freundlich darauf angesprochen wurde, rief sie die Polizei und behauptete, ein »Schwarzer« würde sie und ihren Hund bedrohen. Die Situation wurde auf Video aufgenommen und bekam als Beispiel des alltäglichen Rassismus in den USA große Aufmerksamkeit. Cooper sah sich daraufhin eines enormen *Shitstorms* unter dem Hashtag

#AmyCooperIsARacist ausgesetzt, verlor ihren Job und bekam eine Anzeige wegen Falschmeldung bei der Polizei (vgl. Dudenhoefer 2020). Das Cancelling von Amy Cooper fand in diesem Fall zwar nicht strategisch als aktivistische Praxis statt, aber es zeigt sehr eindrücklich die realen Folgen, die ein einzelner Menschen mit einem im Internet veröffentlichten Video auslösen kann.

Dass sich die digitale Praxis des Cancelling nicht auf den digitalen Raum beschränkt, kann man auch am Beispiel der britischen Professorin Kathleen Stock aufzeigen. Im Rahmen der Debatte um das *Gender-Recognition-Act*, einem Gesetzestext zur Frage der Geschlechterfeststellung, vertrat Stock »die Ansicht, dass man Geschlechter-Identität nicht über das Geschlecht in biologischem und juristischem Sinne stellen könne« (Neudecker 2021). Daraufhin wird sie medial scharf kritisiert und es formten sich zahlreiche, andauernde Proteste gegen ihre Person, die ihr Trans*feindlichkeit vorwerfen.

»Die Wände waren mit Postern gepflastert, auf denen stand: »Kathleen Stock ist transphob! Feuert Kathleen Stock! Wir bezahlen nicht 9000 Pfund für Kathleen Stocks Transphobie!« [...] Vor den Plakaten hatte es Aufkleber gegen sie gegeben, Proteste maskierter Studenten und eine anonyme Social-Media-Kampagne« (deutschlandfunkkultur.de 2021).

Aufgrund des massiven Drucks kündigte sie ihre Professur an der Universität Sussex und ist nun ein Fakultätsmitglied an der 2021 neugegründeten »anti-cancel culture« (Swerling 2021) University of Austin, Texas.

Wie bereits oben erwähnt, müssen die Auswirkungen des Cancelling stets auch im Kontext der realen Macht- und Herrschaftsverhältnisse betrachtet werden. Die Macht, die von Kritiker:innen der Cancel Culture dem Cancelling zugesprochen wird, steht oft im Widerspruch zu den realen Auswirkungen. Wenn vermeintliche Opfer der Cancel Culture regelmäßig Sendezeit im Fernsehen und Platz in Tageszeitungen bekommen, um das Cancelling ihrer Person zu beklagen, widerlegt das im selben Moment die angeblich mächtige Cancel Culture. Dies zeigt sich auch in der folgenden Analyse der Debatte um Cancel Culture und ihrer Narrative und Wesensmerkmale. Zunächst soll der deutschsprachige Diskurs zu Cancel Culture skizziert werden. Zwei Fallbeispiele aus Deutschland, die medial breit diskutiert worden sind, sollen die Thesen untermauern, dass der Begriff Cancel Culture als Kampfbegriff genutzt wird, die Debatte eine moralische Panik hervorbringt und eine aufmerksamkeitsökonomische Funktion hat.

4 Cancel Culture in Deutschland

Der Begriff der Cancel Culture erfährt in Deutschland spätestens seit 2020 Konjunktur. Ihre Anfänge nahm die Debatte bereits im Laufe des Jahres 2019. Anlässe waren hier unter anderem die Ausladung des Malers und AfD-Sympathisanten Axel Krause von der Leipziger Jahresausstellung sowie Proteste von Studierenden in Hamburg (gegen die Wiederaufnahme des universitären Lehrbetriebs durch den AfD-Gründer Bernd Lucke), in Frankfurt (gegen eine Tagung über islamische Verschleierung an der Universität Frankfurt) sowie in Göttingen, wo aus Protest gegen türkische Luftangriffe auf Nordsyrien eine Lesung des früheren Bundesministers Thomas de Maizières beim Göttinger Literaturherbst verhindert wurde. »[D]ie amerikanische Cancel Culture [kommt] auch bei uns an«, konnte man im Anschluss in der *Süddeutschen Zeitung* lesen (Vahabzadeh 2019). An Fahrt nahm die Debatte dann 2020 vor allem durch den Fall des Kabarettisten Dieter Nuhr auf, als die DFG einen Audiobeitrag von Nuhr von ihrer Internetseite gelöscht hatte. Obwohl der Beitrag später unverändert wieder online gestellt wurde, hat sich Nuhr in der Folge zu einem der prominentesten Kritiker einer angeblichen Cancel Culture in Deutschland entwickelt. Drei Jahre später ist die Debatte allgegenwärtig, ob bei der Diskussion um den Partyschlager LAYLA, in dem eine »Puffmutter« besungen wird, der Entscheidung des Ravensburger Verlages, ein Winnetou-Kinderbuch aus dem Programm zu nehmen oder bezüglich der hier im Folgenden ausführlich behandelten Beispiele der Wissenschaftlerin Marie-Luise Vollbrecht und der Kabarettistin Lisa Eckhart.

Im Feuilleton, in dem die Debatte um Cancel Culture hauptsächlich ausgetragen wird, beschwört Yascha Mounk in der *Die Zeit* die »kollektive Zensur« (Mounk 2020), *Der Tagesspiegel* spricht davon, dass »gesellschaftliche Diskussionsraum verkleinert« wird (Lehming 2020), in der *FAZ* vergleicht der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg Cancel Culture gar mit Auschwitz (Altwegg 2021). Der Begriff Cancel Culture wird in diesem Sinne fast ausschließlich als Kritik an jener behaupteten Kultur des Cancelling verwendet.

Cancel Culture rekurriert darauf, dass Cancelling-Beispiele keine Einzelfälle sind, sondern eine vermeintliche Kultur der systematischen Unterdrückung der freien Meinungsäußerung oder der Wissenschaftsfreiheit dahintersteht. In der Debatte wird deutlich, dass der Begriff sehr umfassend und uneindeutig Verwendung findet und oftmals schon bei bloßer Kritik als Vorwurf angebracht wird. Grob lässt sich zusammenfassen: Cancel Culture soll eine »Praxis des systematischen Störens, Löschens oder Unterdrückens unliebsamer Meinungsäußerungen bezeichnen. Bestimmte Sprecherinnen und Sprecher würden gezielt von – linken, »woken« – Aktivisten und ihren publizistischen Verbündeten skandalisiert und zum Schweigen gebracht. Jedenfalls sei es die Absicht, sie mundtot zu machen« (Schultz 2021: 7).

Laut einer im Jahr 2021 veröffentlichten Allensbach Studie der FAZ dockt die Cancel Culture-Debatte in Deutschland an eine in der Gesellschaft verbreitete Ansicht an, dass man die eigene Meinung nicht mehr frei äußern könne. Demnach glaubt weniger als die Hälfte der Bürger:innen daran (Petersen 2021). Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz sieht darin sogar die »größte Bedrohung« für die Meinungsfreiheit in Deutschland und Europa:

»Die größte Bedrohung für die #Meinungsfreiheit ist aus meiner Sicht inzwischen die Zensurkultur, auch #CancelCulture genannt. Ich sehe mit größter Besorgnis, was an den Universitäten in den USA passiert; das schwappt jetzt auch nach #Europa über« (Friedrich Merz [@_FriedrichMerz] 2022, H.i.O.).

Libérale Kritiker:innen bezweifeln die Existenz des Phänomens und sehen darin »a kind of stance that critics view as empty performative politics« (Ng 2022, 40). Seinerseits kritisiert auch Barack Obama Cancel Culture als eine verkürzte Vorstellung politischer Praxis mit dem Ziel des Gesellschaftswandels:

»Like, if I tweet or hashtag about how you didn't do something right or used the wrong verb then I can sit back and feel pretty good about myself, cause, ›Man, you see how woke I was, I called you out.« [...] That's not activism. That's not bringing about change« (Rueb/Taylor 2019).

Nicht zuletzt instrumentalisiert auch die politische Rechte den Begriff für sich, um einerseits emanzipatorische und inklusive Forderungen zu dämonisieren und andererseits Kritik an ihren diskriminierenden Inhalten abzuwehren:

»Cancel Culture ist eine perfide Methode, Andersdenkende aus dem öffentlichen Diskurs zu verbannen. [...] Dieser Angriff auf die Meinungsfreiheit und die permanente Verengung des Meinungskorridors kommt ausgerechnet von linken Moralaposteln, die sich immer als besonders tolerant gebärden. [...] Diese gefährliche Entwicklung ist verheerend für unsere Demokratie in Sachsen. Deshalb fordert die AfD eine offene Debattenkultur und mehr Meinungsvielfalt. Eine breite Einheitsfront der Altparteien aus CDU, SPD, Grüne und Linke lehnte dies allerdings ab« (AfD Fraktion 2021).

Im September 2020 wird seitens zahlreicher Wissenschaftler:innen, Autor:innen und Journalist:innen ein *Appell für freie Debattenräume* veröffentlicht. Unter den Erstunterzeichner:innen sind u.a. der Journalist der NZZ Milosz Matuschek, der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer sowie der Kabarettist Dieter Nuhr.

Inhaltlich heißt es dort:

»Absagen, löschen, zensieren: seit einigen Jahren macht sich ein Ungeist breit, der das freie Denken und Sprechen in den Würgegriff nimmt und die Grundlage des freien Austauschs von Ideen und Argumenten untergräbt. Der Meinungskorridor wird verengt, Informationsinseln versinken, Personen des öffentlichen und kulturellen Lebens werden stummgeschaltet und stigmatisiert. (...) Lautstarke Minderheiten von Aktivisten legen immer häufiger fest, was wie gesagt oder überhaupt zum Thema werden darf. Was an Universitäten und Bildungsanstalten begann, ist in Kunst und Kultur, bei Kabarettisten und Leitartiklern angekommen.« (idw-europe.org 2022).

Der Appell folgt einem US-amerikanischen Vorgänger, dem *Letter on free speech and open debate*, der im Juli 2020 im *Harper's Magazine* veröffentlicht wurde. Unterzeichner:innen wie Noam Chomsky, J.K. Rowling oder Margaret Atwood, beklagen darin ebenfalls eine Einschränkung der Meinungsäußerung (Atwood et al. 2020).⁹

Mittlerweile gibt es auch in Deutschland eine Online-Datensammlung mutmaßlich »gecancelter« Personen, die dokumentieren soll, »wie diese konformistische und zensorische Kultur unseren Alltag prägt, Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt bedroht und so der Demokratie schadet« (cancelculture.de 2022). Das Netzwerk *Wissenschaftsfreiheit e.V.*, ein Anfang 2021 gegründeter Zusammenschluss von mehr als 700 Wissenschaftler:innen (Stand Februar 2023) beklagt in ihrem Manifest den wachsenden Einfluss der behaupteten Cancel Culture auf den Wissenschaftsbetrieb:

»Wir beobachten, dass die verfassungsrechtlich verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre zunehmend unter moralischen und politischen Vorbehalt gestellt werden soll. Wir müssen vermehrt Versuche zur Kenntnis nehmen, der Freiheit von Forschung und Lehre wissenschaftsfremde Grenzen schon im Vorfeld der Schranken des geltenden Rechts zu setzen. Einzelne beanspruchen vor dem Hintergrund ihrer Weltanschauung und ihrer politischen Ziele, festlegen zu können, welche Fragestellungen, Themen und Argumente verwerflich sind. Damit wird der Versuch unternommen, Forschung und Lehre weltanschaulich zu normieren und politisch zu instrumentalisieren. Wer nicht mitspielt, muss damit rechnen, diskreditiert zu werden. Auf diese Weise wird ein Konformitätsdruck erzeugt, der immer häufiger dazu führt, wissenschaftliche Debatten im Keim zu ersticken« (Netzwerk Wissenschaftsfreiheit 2021).

⁹ Der Fokus dieser Arbeit liegt auf dem deutschsprachigen Diskurs. Dennoch sind die Bezüge dessen zum englischsprachigen Diskurs von historischer Wichtigkeit. Mehr dazu in Daub 2022.

Ein Blick auf die Liste der dokumentierten Fälle zeigt jedoch eine Zufälligkeit bei der Auswahl. Neben tatsächlich skandalösen Fällen werden auch die Ablehnung von Artikeln durch Fachzeitschriften und Proteste von Studierendeninitiativen mit nachvollziehbaren Vorwürfen schon als Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit gelistet (vgl. Schilk 2021). Hieran zeigt sich zum einen die Uneindeutigkeit des Begriffs, zum anderen der in Kapitel 3 angesprochene Kontext von Machtverhältnissen. Oftmals, so erscheint es, wird den vermeintlichen Protagonist:innen der Cancel Culture eine Macht unterstellt, die weit über ihren realen Einfluss hinausgeht. Ein Blick auf die Mitglieder des Netzwerks Wissenschaftsfreiheit offenbart zudem einen deutlichen Überhang an Wissenschaftler:innen, die man dem konservativen und rechten politischen Lager zuschreiben würde.

Um einen besseren Einblick in die Debatte um Cancel Culture in Deutschland zu bekommen, werden nun zwei medial prominente und zeitgenössische Beispiele aus unterschiedlichen Bereichen nachgezeichnet. Zum einen ein Fall aus dem Wissenschaftsbereich, der sich entlang der Gender-Thematik entzündet hat. Zum anderen ein Beispiel aus dem Kulturbereich, der um die Frage, wann Satire diskriminierend wird, kreist.

4.1 Kunstfreiheit in Gefahr? Fall: Lisa Eckhart

Lisa Eckhart gilt – so die *Welt am Sonntag* – als eine der »provokantesten Kabarettistinnen unserer Zeit« (Reichwein 2020a). Die Österreicherin ist oft im öffentlich-rechtlichen Fernsehen auf der Bühne an der Seite des Kabarettisten Dieter Nuhr zu sehen. Mit ihrem Auftritt 2018 bei der Sendung *Mitternachtsspitzen*, die der WDR auf seinen sozialen Kanälen im Mai 2020 erneut veröffentlicht (Schwarzer 2020), gerät Eckhart in die Kritik. Ihr wird vorgeworfen, antisemitische Klischees zu bedienen. Bei dem besagten Auftritt zeigt sich Eckhart theatralisch empört über die #MeToo-Debatte und fragt, ob diese nicht selbst antisemitisch sei, weil die Angeklagten Roman Polanski und Harvey Weinstein Juden sind.

»Am meisten enttäuscht es von den Juden. Da haben wir immer gegen diesen dummen Vorwurf gewettert, denen ginge es nur ums Geld. Und jetzt plötzlich kommt heraus: denen geht's wirklich nicht ums Geld, denen geht's um die Weiber, und deswegen brauchen sie das Geld« (Deutsche Comedy – Best Of 2021: 53:56-54:14).

Daraufhin hagelt es Kritik im Feuilleton und in den sozialen Medien. Sogar der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, schaltet sich ein und verurteilt

die Aussagen als kritikwürdig (edp/ppe 2020). Die FAZ und taz betiteln Eckhart als menschenfeindlich. »Lisa Eckhart geriert sich als kalte Fassade ohne Risse und ohne Mitleid für oder auch nur Interesse an Menschen« (Diener 2020) oder »[w]er nichts zu sagen hat, dennoch Leute zum Zuhören bringen will, erklärt sich selbst zur Gegner_in der Political Correctness und haut ein paar Jokes raus, die auch dann nicht lustig wären, wenn man über die massive Menschenfeindlichkeit hinwegsehen würde« (Yaghoobifarah 2020).

Doch Eckhart erfährt auch Unterstützung, bspw. durch den Sender. Der WDR verteidigt ihren Auftritt, heißt es in der *Jüdischen Allgemeine*:

»Die Künstlerin hatte ein hochaktuelles, für Satire naheliegendes Thema gewählt und dabei Vorurteile gegenüber Juden, People of Color, Homosexuellen, Transgendern und Menschen mit Behinderungen aufgegriffen, um genau diese Vorurteile schonungslos zu entlarven« (edp/ppe 2020).

Im August 2020 gerät die Kabarettistin und Autorin Lisa Eckhart erneut in die Schlagzeilen. Sie soll im September 2020 beim Hamburger *Harbour Front Literaturfestival* auftreten, das sie aber kurz vorher auslädt.

»Beim »Debütantensalon« stelle man die Autorinnen und Autoren immer paarweise vor. Zuerst habe sich ein Kandidat, der mit Lisa Eckhart auf die Bühne sollte, geweigert, das zu tun. [...] Dann machte ein zweiter Autor, der schon zugesagt hatte, ebenfalls einen Rückzieher. [...] Doch dann – hätten die Betreiber des »Nochtspeichers« kalte Füße bekommen, weil Drohungen des »Schwarzen Blocks« der Antifa eingegangen seien« (Hanfeld 2020).

Der Festivalorganisator Nikolaus Hansen zeigt sich entrüstet, zitiert ihn die FAZ am 7. August 2020: »Wir weichen einer Gewalt, aber es gibt auch keinen eleganten Weg, der Gewalt nicht zu weichen« (Hanfeld 2020). Am 10. August 2020 entpuppen sich die Drohungen jedoch als bloße Warnungen, wie der Veranstalter Nochtspeicher mitteilte (MOPO 2020). Währenddessen titelt ZEIT ONLINE »Wie einmal die Cancel Culture nach Hamburg kam« (Peitz 2020), Die Welt beschreibt Lisa Eckhart als »das jüngste Opfer der »Cancel Culture«« (Reichwein 2020b). Für die Online-Kolumnistin Margarete Stokowski zeigt der Streit um Lisa Eckhart »die Mechanismen der Cancel-Culture-Verunglimpfungen« (Stokowski 2020). Für Marc Reichwein von der Welt am Sonntag arbeitet sich Eckhart thematisch an der Political Correctness ab, deren Opfer sie nun quasi selbst geworden ist: »Eckhart tritt an gegen die Wokeness, also diese gesteigerte Form des wachen und wachsamem Moralismus, der zunehmend die Diskurse bestimmt.« (Reichwein 2020a).

Da die Künstlerin über keine eigenen Accounts bei sozialen Medien verfügt, beläuft sich ihre einzige schriftliche Stellungnahme auf eine offizielle Pressemitteilung bzgl. der Instrumentalisierung des Vorfalls seitens der AfD, von der sie sich distanziert (Rössler 2020). Denn im August 2020 betitelt die AfD Hessen ein Portrait von Eckhart mit der Überschrift: »Linke zerstören Deutschlands Freiheit. Kabarettistin Lisa Eckhart nach Gewaltandrohung von Kulturfestival ausgeladen« (AfD Hessen 2020).

In verschiedenen Zeitungsinterviews gibt Eckhart jedoch ihre Sichtweise auf die Thematik. So erklärt sie in der *taz*, dass sie sich um die Kultur im Ganzen Sorge: »Manch einer hat gesagt: Jetzt wird immerhin debattiert. Es wurde aber überhaupt nicht debattiert. Ich hab das öfters angemerkt im Bezug auf die Cancel-Culture, dass ich mich tatsächlich um Kultur im Ganzen Sorge« (Unfried 2020). Nach Eckharts Interview mit Tobias Haberl im *Süddeutsche Zeitung Magazin* stellt er ebenfalls ihre Sorge um die Kunst fest: »Sie könne sich gut vorstellen, dass man sich, wenn es so weitergehe, in wenigen Jahren nicht mehr daran erinnern könne, was das mal bedeutet habe: Kunstfreiheit« (Haberl 2020).

4.2 Wissenschaftsfreiheit in Gefahr? Fall: Marie-Luise Vollbrecht

Am 2. Juli 2022 sagt die Humboldt-Universität in Berlin (HU) den Vortrag der Biologin Marie-Luise Vollbrecht mit dem Titel »Geschlecht ist nicht gleich Geschlecht. Sex, Gender und warum es in der Biologie nur zwei Geschlechter gibt«, der im Rahmen der *Langen Nacht der Wissenschaften* geplant war, aus Sicherheitsbedenken ab (Böhm 2022a). Daraufhin gab es einen großen Aufschrei sowohl in diversen Tageszeitungen als auch auf *Twitter*.

Bereits im Februar 2022 wurde das Programm der *Langen Nacht der Wissenschaften* mit dem angedachten Vortrag von Vollbrecht veröffentlicht, wozu es kein mediales Echo gab. Um die Aufruhr im August 2022 zu verstehen, bedarf es der Erwähnung der Veröffentlichung eines Artikels von Vollbrecht mit vier weiteren Autor:innen, die am 1. Juni 2022 mit der Überschrift »Wie ARD und ZDF unsere Kinder indoktrinieren« in der Zeitung *Die Welt* erschien (Vollbrecht et al. 2022). Der inhaltliche Vorwurf in diesem als offenen Brief formulierten Artikel lautet: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) würde die »wissenschaftliche Erkenntnis der Zweigeschlechtlichkeit« in Frage stellen und eine »Transgender-Ideologie« verfolgen. Der veröffentlichte Artikel ist eine Zusammenfassung des 50-seitigen Dossiers »Ideologie statt Biologie im ÖRR« derselben Autor:innen (Engelken 2022a), dem ein Aufruf zur Unterzeichnung des offenen Briefes folgt. Der Appell wurde auf dem Blog der Publizistin Eva Engelken veröffentlicht und von rund 120 Personen, vorwiegend aus dem medizinischen und wissenschaftlichen Bereich, unterzeichnet. Er fordert

eine »Abkehr von der ideologischen Betrachtungsweise zum Thema Trans*sexualität [im ÖRR, Anmerk. Y.K.] und eine faktenbasierte Darstellung biologischer Sachverhalte nach dem Stand von Forschung und Wissenschaft« (Engelken 2022b).

Der *Die Welt*-Artikel sorgt im eigenen Haus für Empörung, sodass der Vorstandsvorsitzende des Axel Springer Unternehmens Mathias Döpfner sich zwei Tage später von diesem distanziert. Der »ganze Ton [sei] oberflächlich, herablassend und ressentimentgeladen. Nicht weit entfernt von der reaktionären Haltung: Homosexualität ist eine Krankheit« (Döpfner 2022). Laut *Tagesspiegel* beteuert das Unternehmen seine Verpflichtung zur Meinungsfreiheit und kennzeichnet den Artikel deutlich als Gastkommentar, der mit der Meinung der Redaktion nichts gemein hat (Ehrenberg 2022), woraufhin sogar eine *BILD*-Mitarbeiterin kündigt (Basad 2022).

Der Queer-Beauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann, bezeichnet auf *Twitter* den *Die Welt*-Artikel als einen »Hetz«-Beitrag (Sven Lehmann (er/he) [@svenlehmann] 2022). Ein Gastbeitrag auf dem mehrfach prämierten Faktenchecker-Newsblog *Volksverpetzer* zeichnet nach, wie sich im *Die Welt*-Artikel rechts-extreme Narrative im Mainstream manifestieren (Brockschmidt 2022). Wie eine Bestätigung dieser Kritik findet sich einige Tage später eine Zusammenfassung des *Die Welt*-Artikels auf der Webseite des baden-württembergischen AfD-Politikers Marc Bernhard, gerahmt von politischen Schlagworten wie »Gendergagga«, »Frühsexualisierung« oder »Transgender-Ideologen« (Bernard 2022).

Diese Vorgeschichte soll für den Vorfall bei der *Langen Nacht der Wissenschaften* von großer Bedeutung werden. Denn am 30. Juni 2022 ruft der *arbeitskreis kritischer jurist*innen Berlin* (akj) zu einem Protest vor dem Hauptgebäude der HU gegen den Vortrag von Vollbrecht auf. In seiner Stellungnahme beschuldigt er die Wissenschaftlerin der Trans*feindlichkeit und Unwissenschaftlichkeit. Der Vorwurf lautet, die HU würde »einer bekanntermaßen trans*feindlichen Referentin eine Bühne« bieten, und dies sei »skandalös« (akj Berlin 2022).

Bei *Twitter* wittert die Publizistin des o.g. Dossiers, Eva Engelken, eine Einschränkung der Meinungsfreiheit und ruft am 1. Juli 2022 zur unterstützenden Aktion für Vollbrecht auf: »Aktion für @Summer #TeamBiologie: Helfen Sie mit, dass eine Frau und Wissenschaftlerin bei der Langen Nacht der Wissenschaften in Berlin frei reden kann! #LetWomenSpeak« (Eva Engelken #TeamRealität [@Kommunikatorin] 2022).

Am Vormittag des 2. Juli 2022 sagt die HU den Vortrag von Vollbrecht aufgrund von Sicherheitsbedenken wegen des angekündigten Protests und Gegenprotests ab (sak 2022). Die HU spricht nicht von einer gänzlichen Absage des Vortrags, sondern von einer Verschiebung des Termins, zu dem auch Vertretungen von »Trans-Gruppen eingeladen werden, um das Thema in einer der Universität angemessenen Weise« (Beigang 2022) zu diskutieren. Gleichzeitig distanziert sie sich von dem o.g. *Die Welt*-Artikel von Vollbrecht, weil die Aussagen darin »nicht im Einklang mit dem Leitbild

der HU und den von ihr vertretenen Werten« stehen (Beigang 2022). Vollbrecht verlegt daraufhin ihren Vortrag auf YouTube (donnasdottir 2022), wo das Video über 134.000 Mal aufgerufen wird (Stand 26. Juli 2022).

Vollbrecht selbst äußert sich zur Absage der HU auf *Twitter*: »Das witzige ist es ist nicht Canceling würdig. 30 min Evolutionsbio und ein paar Tierfotos« und »@HumboldtUni has decided to cancel my speech about biology and the evolution of the two sexes. According to the university, it was canceled it for security risks for this public science event. Ironically, the theme was the role of science in an area of fake news. Shame!« (Frau Summer [@Frollein_VogelV] 2022a). In der *BILD*-Zeitung bedauert Vollbrecht die Absage. Es sei »verständlich, aber alarmierend« und sei ein Beispiel »mit welchen radikalen Mitteln Genderideologen vorgehen« (Böhm 2022a). Mit einem Gastbeitrag bei *ZEIT ONLINE* erhält Vollbrecht am 6. Juli 2022 die Möglichkeit, ihre Thesen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es sei heutzutage »gefährlich« über das Thema Geschlecht zu sprechen. Ihr sei es aber wichtig »zu erklären, warum es aus biologischer Sicht nur zwei Geschlechter gibt. Klarzumachen, dass Debatten um soziale Geschlechterrollen etwas anderes sind. Und zu begründen, warum ich es für falsch halte, wenn beides vermengt wird« (Vollbrecht 2022a).

Vollbrecht selbst versteht sich politisch als »weit links« und sie »habe große Sympathien mit allen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Andersseins diskriminiert werden« (Vollbrecht 2022a).

Bei *Twitter* sammelt sich der Support für Vollbrecht unter den Hashtags #Mariehat-Recht, #TeamBiologie oder auch #IchBinMarie, bei dem anlässlich dieses Falls eine Sammlung an vermeintlich bestätigten internationalen Cancel Culture Fällen erstellt wird (pana dočekalová [@epa_nit] 2022).

In den Tageszeitungen trendet das Schlagwort Cancel Culture für diesen Fall: *FAZ* titelt »Cancel Culture an der Humboldt-Uni«; *SZ* vermutet einen neuen »Fall von Cancel Culture?«; *Die Zeit* verweist auf einen »mutmaßliche[n] Fall von Cancel Culture« (Heidtmann 2022; Schneider 2022; Thiel 2022). Drei Tage nach der *Langen Nacht der Wissenschaften* wird der Ausweichtermin für die abgesagte Veranstaltung für den 14. Juli 2022 bekannt gegeben (sak 2022). Nach dem Vortrag von Vollbrecht soll es ein Panel zum »Umgang mit Wissenschaftsfreiheit« geben, wozu Professor:innen und Vertreter:innen der queeren Community u.a. Heiner Schulze vom *Schwulen Museum Berlin* eingeladen sind (Pauli 2022). Vollbrecht sagte zwar dem Vortrag zu, aber die Diskussionsteilnahme ab. Als Gründe nennt sie u.a. eine »unausgewogene Zusammensetzung des Podiums«, auch müsse ihr Vortrag »nicht »kontextualisiert« werden« (Frau Summer [@Frollein_VogelV] 2022c).

Bereits am Tag der Absage des Vortrags seitens der HU am 2. Juli 2022 erkundigt sich Vollbrecht bei ihren Followern nach Rechtsbeistand (Frau Summer [@Frollein_VogelV] 2022b). Am 14. Juli 2022 schaltet sie eine Spendenkampagne und sammelt

innerhalb von nur 17 Stunden über 15.000 Euro, um »rechtliche Schritte gegen Verleumdungen im Zusammenhang mit [ihrem] abgesagten Vortrag über Biologie und die Evolution der zwei Geschlechter« zu ergreifen (Vollbrecht 2022b). Am 14. Juli 2022 nimmt der Blog *CancelCulture.de* den Vorfall an der HU in die Chronik auf (cancelculture.de 2022). Das Thema der Wissenschaftsfreiheit wird im Kontext der Absage des Vortrags breit diskutiert. Die Bildungs- und Wissenschaftsministerin Bettina Stark-Watzinger kritisiert die Entscheidung der HU gegenüber der *BILD*: »Es darf nicht in der Hand von Aktivisten liegen, welche Positionen gehört werden dürfen und welche nicht« (Böhm 2022b). Der ehemalige Präsident des PEN-Zentrums Denis Yücel findet die »Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit inakzeptabel« (Deniz Yücel [@Besser_Deniz] 2022).

4.3 Diskurs um Cancel Culture

In seinem Buch *CANCEL CULTURE TRANSFER* (Daub 2022) untersucht der Literaturwissenschaftler Adrian Daub das Phänomen und entwickelt dafür fünf zentrale Thesen, wovon für diese Arbeit nur drei herausgegriffen werden, die auch für die Beispielfälle für Deutschland in Anschlag gebracht werden sollen:

- a) Cancel Culture ist eine Weiterführung des Diskurses um Political Correctness.
- b) Rede über Cancel Culture ist eine Form der moralischen Panik.
- c) Cancel Culture hat eine aufmerksamkeitsökonomische Funktion.

Anhand der beschriebenen Fälle soll nun im Folgenden mit Bezug auf die Thesen von Daub das Phänomen Cancel Culture genauer beschrieben und theoretisch eingeordnet werden.

4.3.1 *Kampfbegriff*

Eine der Hauptthesen Daubs ist, »dass sich der Diskurs über Cancel Culture [...] als Neuauflage des Diskurses um Political Correctness entpuppt« (Daub 2022: 14; vgl. Schubert 2020; Thiele 2021). Der seit spätestens 1990er Jahren in Deutschland kursierende Begriff der *Political Correctness* (PC) wird als Kampfbegriff von Rechtspopulist:innen (Lange 2020) oder als ideologischer Code der Rechten (Auer 2002) eingeordnet.

Der aus dem US-Diskurs übernommene Begriff hat eine lange Bedeutungs- und Nutzungsgeschichte hinter sich: In der 1960er Jahren der USA wird er innerhalb der Neuen Linken und der Neuen Sozialen Bewegungen als »ironische Selbstkritik« genutzt, wobei er später von den Massenmedien vereinnahmt und als »kritisch und meist schon negativ konnotiert auf linke, feministische und antirassistische Gruppen angewendet« wird (Auer 2002: 292). Im Zuge der 1990er Jahren verschiebt sich der Begriff im medialen und akademischen Diskurs hin zu einer ausschließlich negativen Fremdbeschreibung, die auch innerhalb der Linken verwendet wird. Erst dann findet Political Correctness Eingang in den deutschsprachigen Diskurs, vorwiegend ins Feuilleton und auf dem Büchermarkt (Auer 2002: 294). Die Historikerin und Politologin Katrin Auer identifiziert die Funktion des Begriffes als Stigmawort und Feindbild. Diese Einordnung ist wichtig, weil mit dem Begriff Political Correctness »nicht nur bestimmte inhaltliche Positionen bezeichnet werden, sondern auch eine Gruppe von Personen gemeint ist, die namenlos und in gewisser Weise auch gesichtslos imaginiert wird« (Auer 2002: 296). Dabei wird die Anwendung des Begriffs sowohl auf Wortneuschöpfungen im Kontext bspw. gendergerechter Sprache als auch bei Vermeidung von Diskriminierung von marginalisierten Gruppen vorgenommen.¹⁰

Der in diesem Kontext gerne verwendete Zusatz »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen« dient dabei in der Regel dazu diskriminierende Äußerungen wieder salonfähig zu machen, ohne dabei diskreditiert zu werden. Kritiker:innen hingegen wittern beim Diskurs um Political Correctness Zensur, Verengung des Meinungskorridors oder gar die Gefährdung der Meinungsfreiheit.

»Doch ist Cancel Culture als neuer Kampfbegriff der PC-Gegner:innen mehr: er dient der Verschleierung, dass die Entscheidung darüber, wo Öffentlichkeit, Kunst, Kultur, Versammlung und freie Rede möglich sind, ein Privileg der Mächtigen war und ist« (Thiele 2021: 76).

Die Verwendung von Cancel Culture als Kampfbegriff zur Abwehr von Kritik ließ sich auch in den beiden oben dargestellten Beispielen feststellen. In den Debatten wurde ein enormes Droh- und Gewaltszenario entworfen: Der Veranstalter des gecancelten Auftritts von Lisa Eckhart in Hamburg sprach davon, »der Gewalt zu weichen«, die Humboldt-Universität in Berlin sprach von Sicherheitsbedenken, weswegen der Vortrag von Marie-Luise Vollbrecht abgesagt bzw. verlegt wurde. In beiden Fällen war aber erst einmal nicht mehr passiert, als dass Gruppen und Einzelpersonen öffentlich Kritik äußerten und in Teilen die Absage der Veranstaltungen forderten, bzw. im Falle von Vollbrecht eine kleine linke Uni-Gruppe Protest ankündigte. Dies ist weder

¹⁰ Ein gutes Beispiel ist der Vorfall bei der WDR-Sendung »Die letzte Instanz« (Schultz 2021: 20–22).

neu noch ungewöhnlich im Rahmen demokratischer Aushandlungsprozesse, könnte sogar als Zeichen einer lebendigen Demokratie angesehen werden. Durch die den sozialen Medien eigene Dynamik verlässt Kritik durchaus oftmals den Rahmen eines gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses, wird diffamierend oder wächst zu einem Shitstorm heran, der persönlich als ungerecht oder auch bedrohlich wahrgenommen wird. Für das Bedrohungsszenario, das in beiden Fällen entworfen wurde, gab es jedoch keinerlei Evidenz.

Der Widerspruch und die Kritik wurden zudem von Beginn der Debatte wenig in ihrem jeweiligen Kontext betrachtet, sondern in beiden Fällen als Angriff auf die Meinungsfreiheit und im nächsten Schritt als Angriff auf die Freiheit an sich dargestellt. Oder, wie es Eckhart selbst formulierte, als Bedrohung der »Kultur im Ganzen«. Dies ist nach Daub ein Hauptmerkmal des Cancel Culture Diskurses, dass einzelne Fälle stellvertretend für eine umfassende und mächtige Kultur herangezogen werden:

»Wer über Cancel Culture klagt, pickt Beispiele heraus und verallgemeinert von ihnen aus auf eine breitere Kultur« (Daub 2022, 190).

Auffallend dabei ist auch, dass beide Fälle von Beginn an von Debatten-Beteiligten dafür genutzt wurden, um (vermeintlich) linke Gruppen und Einstellungen, oder schon die bloße Kritik an diskriminierenden Äußerungen oder Thesen, als totalitär anzuprangern. Die AfD sprach davon, dass Linke »Deutschlands Freiheit« zerstören, der Veranstalter in Hamburg machte den »schwarzen Block der Antifa« verantwortlich, und Vollbrecht sprach von »Genderideologen«, die dafür sorgen würden, dass schon das Sprechen über Gender »gefährlich« sei.

4.3.2 *Moralische Panik*

»Wenn es Cancel Culture nicht gäbe, hätte das deutsche Feuilleton sie erfinden müssen« (Daub 2021).

Adrian Daub bezieht sich in seinem Zitat auf das Phänomen der moralischen Panik von Erich Goode und Nachman Ben-Yehuda. Sie beschreiben das Phänomen als »a scare about a threat or supposed threat from deviants or ›folk devils‹, a category of people who, presumably, engage in evil practices and are blamed for mencaing a society's culture, way of life, and central values« (Goode/Ben-Yehuda 2010: 2). Dabei steht die Aufregung über die vermeintliche Bedrohung disproportional zu ihrer tatsächlichen Verbreitung.

»The degree of public concern over the behaviour itself, the problem it poses, or the condition it creates is far greater than is true for comparable, even more damaging, actions. In short, the term moral panic conveys the implication that public concern is in excess of what is appropriate if concern were directly proportional to objective harm« (Goode/Ben-Yehuda 2010: 40).

Daub knüpft hieran an und beschreibt moralische Panik als »keine bloße Massenhysterie. Sie hat politische Wirkmacht und artikuliert ein im Normalfall affirmatives Verhältnis zu existierenden Macht- und Privilegienstrukturen« (Daub 2022: 33). Durch ritualisierte Wiederholung der Angst vor Bedrohung der Cancel Culture werden Einzelfälle zu einer vermeintlichen Kultur erhoben.

»Ein lokaler, oft mikroskopisch kleiner Kontext wird fast wie durch Zauber entgrenzt, und Vorgänge in irgendeiner Twitter-Nische, an irgendeiner Uni, bei irgendeinem Verlag, von dem bis dato weder der Autor eines Beitrags noch seine Leser:innen je gehört haben, werden mit einem Mal als bedrohlich für ›die‹ Gesellschaft empfunden« (Daub 2022, 15).

Im Fall von Eckhart entpuppen sich die Drohungen als Warnungen oder sogar nur Ängste der Veranstalter:innen. Doch der Skandal über die Drohungen ist bereits gesetzt und damit wird Eckhart in der Presse zum Opfer von Cancel Culture stilisiert. Die Medien, ebenfalls auf der Suche nach Likes und Clicks, befördern in der Regel die Skandalisierung, anstatt sie kritisch zu hinterfragen. »Offenbar ist das Feindbild der gewaltbereiten, diskursunfähigen Linken mächtig genug« (Friedrich 2020). Bei *Twitter* springt sogar der ehemalige Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen ein und fragt warnend, ob man nicht bald damit rechnen müsse, »dass Menschen, die der Antifa nicht gefallen, aufgefordert werden, ihren Wohnort zu verlassen, da sie durch ihren weiteren Aufenthalt die Antifa zu Gewalttaten provozieren könnten?« (Hans-Georg Maaßen [@HGMaassen] 2020). Das zeugt von der aufgebauschten Panik zu einem ungenau recherchierten Vorfall.

Bei Vollbrecht wird die Tatsache, dass der Vortrag vertagt und nicht gecancelt wird, in den meisten Nachrichtenmeldungen völlig außer Acht gelassen (Eppelsheim 2022; sak 2022; Schneider 2022), dabei berichtet sogar die *BILD*-Zeitung am Tag der Absage darüber (Böhm 2022b). Es stellt sich auch die Frage, ob die Sorge um die Wissenschaftsfreiheit vor »Gender-Aktivist:innen« (Böhm 2022b) oder dem »Gesinnungsterror linker Aktivist:innen« (Eppelsheim 2022) nicht ein wenig konstruiert ist, vor dem Hintergrund einer demokratisch legitimer Protestaktion der Studierenden, die den Vortrag weder gestört noch behindert haben. Bei beiden Beispielen ist auffallend – und dies gilt ebenso für die meisten Vorfälle, die zu Beginn der deutschen Debatte

2019/2020 standen –, dass es simple Protestaktionen waren, die es in gleicher Form schon lange vorher gab (siehe die Protestbewegung der 1968er Jahre), die aber erst jetzt als Beispiele einer vermeintlichen Cancel Culture angeführt werden.

4.3.3 *Aufmerksamkeitsökonomie*

Im Jahr 1998 stellt der österreichische Sozialwissenschaftler Georg Franck das Konzept der Aufmerksamkeitsökonomie in seinem Buch *ÖKONOMIE DER AUFMERKSAMKEIT: EIN ENTWURF* vor. Noch vor der flächendeckenden Verbreitung des Internets und der sozialen Medien stellt er die enorme Menge an Information fest, die uns alltäglich begegnet und die wir verarbeiten müssen.

»Wir leben im Informationszeitalter und merken es daran, daß [sic] wir uns vor Information nicht mehr retten können. Nicht der überwältigende Nutzen der Information, sondern ihre nicht mehr zu bewältigende Flut charakterisiert die Epoche. Wir sind einem immer gewaltiger anwachsenden Schwall von Reizen ausgesetzt, die eigens dazu hergerichtet sind, unsere Aufmerksamkeit in Beschlag zu nehmen« (Franck 1998: 49).

Kurz gesagt, Franck analysiert, dass die Aufmerksamkeitskapazität des Menschen grundsätzlich beschränkt ist, weswegen notwendigerweise selektiert und ausgelassen werden muss. Das Internet ermöglicht zwar einen niedrighwelligen Zugang zu Informationen, aber die menschliche Möglichkeit zur Erfassung – die Aufmerksamkeit – ist begrenzt. Um dieser Herausforderung zu begegnen, scheint das Mittel des Skandals äußerst geeignet zu sein. Denn Skandale sind allgegenwärtig und beschreiben »ein Muster für die Organisation von Wissen und Aufmerksamkeit, eine Möglichkeit, entfernte, unbekannte Sphären der Wirklichkeit blitzschnell zu klassifizieren und zu ordnen und ohne großen intellektuellen oder sonstigen Aufwand zu bewerten« (Pörksen/Detel 2014: 14).

Genau dieses Muster bedient die Debatte um Cancel Culture, die Aufmerksamkeit einerseits voraussetzt und andererseits steuert. Die bevorzugte Nutzung von Anekdoten scheint, laut Daub, eine erfolgreiche Strategie der Zeitungen in Zeiten von einbrechenden Werbegeschäften zu sein, mit wenigen Anhaltspunkten eine Stimmung mit (vermeintlichen Fällen von) Cancel Culture zu erzeugen und damit die Leser:innen zum Abschluss eines Abonnements zu animieren (Daub 2022, 310). Aufmerksamkeit fungiert dabei als eine Form von kultureller Währung, die sich selbst generiert. »[O]nce attention has been created it will, in a cyclical process of self-reproduction, generate ever new waves of attention« (Pörksen/Detel 2014: 51).

Medien, die sich hieran nicht beteiligen, verlieren schnell Aufmerksamkeit und damit Publikum. Ein Skandal verkauft sich schneller und besser als eine nüchterne und hinterfragende Betrachtung des Falls.

Dies war auch bei den beiden hier behandelten Beispielen zu beobachten. Zum einen, wie die Fälle in kürzester Zeit – und zu Beginn mit wenig Zutun der vermeintlichen Opfer – zu einem großen Skandal gemacht wurden. Zum anderen wie dadurch für die Betroffenen eine Aufmerksamkeit generiert wurde, die den Vorwurf des Cancellings ad absurdum führt. In Folge des Skandals um Eckharts Ausladung wird Eckhart in zahlreichen Zeitungen zitiert und interviewt. Sie erfährt enorme mediale Aufmerksamkeit, die u.a. dem *SPIEGEL*-Autor Marc Röhlig auffällt: »Wenn die Empörung um ihre satirische Arbeit eines brachte, dann eher ›Attention Culture‹ als ›Cancel Culture‹« (Röhlig 2020).

Auf *Twitter* wird Eckharts Cancellings von anderen Journalist:innen ebenfalls angezweifelt: »Gecancelte Lisa Eckhart war jetzt in wirklich jeder Zeitung, heute Morgen dann noch im DLF. Wie war das noch mit dem ›man darf seine Meinung nicht mehr sagen‹« (Annika Brockschmidt [@ardenthistorian] 2020)?

Bei Vollbrecht sah es nicht anders aus. Ihr Vortrag wird vertagt, wobei sie ihn direkt am Abend online hält (donnasdottir 2022). Sie wird nur wenige Tage später von der *Die Welt* interviewt (Schwilden 2022) und bekommt kurz darauf die Möglichkeit, in besagtem Gastbeitrag in *Die Zeit* ihre Perspektive zu schildern (Vollbrecht 2022a).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Vorwurf der Cancel Culture einer genaueren Betrachtung in den meisten Fällen nicht standhält. Die vermeintlichen Opfer der Beschneidung der Meinungsfreiheit haben durch die Vorwürfe in der Regel eine noch größere Aufmerksamkeit und Reichweite erlangt. Marie-Luise Vollbrecht und Lisa Eckhart hätten ohne die Diskussion wohl nie so eine große Bekanntheit erreicht. Was in der Regel als Cancel Culture beschrieben wird, sind meist Proteste und Kritik, die es in gleicher oder ähnlicher Form als Teil der politischen Auseinandersetzung schon immer gab.

Grundsätzlich fällt auch hier die mangelnde Beachtung realer Machtverhältnisse auf. Minderheiten und marginalisierte Personen waren lange Zeit (und sind weiterhin in vielen Bereichen) von vornherein vom Diskurs und der Öffentlichkeit ausgeschlossen, ihre Perspektiven werden von den bestehenden Machtstrukturen gecancelt:

»[T]he flashes of prominence around celebrities being criticized for problematic language or conduct tend to obscure the ways people of color and other traditionally marginalized communities have long experienced less mainstream media influence when they attempt to hold people accountable« (Ng 2022: 53).

Der diskriminierende Humor von Eckhart ebenso wie die trans*feindliche Geschlechterwissenschaft von Vollbrecht waren bis noch vor ganz kurzer Zeit unwider-sprochener Mainstream. Dies hat sich durch den digitalen Wandel verändert: Kritische Stimmen und die Perspektiven von Diskriminierten können sich einfacher und schneller Gehör verschaffen und eine Öffentlichkeit erlangen, die ihnen zuvor verwehrt war. Zugleich befördern die Dynamik der sozialen Medien und die Aufmerksamkeitsökonomie die Entstehung von Skandalen und führen dazu, dass (auf beiden Seiten) die Debatte hitzig geführt wird. Auch dies ist ein Ausdruck der Veränderung der politischen Öffentlichkeit. Cancel Culture ist Ausdruck von und Reaktion auf diese Veränderungen.

5 Fazit

Ziel dieser Arbeit war es, durch die Untersuchung von vermeintlichen Cancelling-Beispielen die Ursprünge und Narrative des Phänomens Cancel Culture im deutschsprachigen Diskurs nachzuzeichnen. Dabei hat sich die begriffliche Differenzierung zwischen Cancelling und Cancel Culture als hilfreich und notwendig herausgestellt. Cancelling bezeichnet eine Form der politischen Kommunikation oder auch des Online-Aktivismus, während Cancel Culture in der medialen Debatte vor allem als fremd zugeschriebener Kampfbegriff Verwendung findet. Die (relativ neue) Diskussion um Cancel Culture lässt sich als Folge und zugleich Ausdruck des digitalen Wandels der politischen Öffentlichkeit begreifen. An ihr zeigen sich die strukturellen Verschiebungen und Transformationen der Machtverhältnisse in der politischen Öffentlichkeit, die durch die Digitalisierung stattgefunden haben.

Für die theoretische Grundlage der Untersuchung des Phänomens Cancel Culture wurde hier zuerst die politische Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert beschrieben und verschiedene Öffentlichkeitsmodelle vorgestellt (Kap. 2). Im nächsten Schritt wurde aufgezeigt, wie sich durch das Aufkommen der sozialen Medien und die ihnen eigene Dynamik die politische Öffentlichkeit gewandelt hat. Entscheidend für die hier vorliegende Arbeit ist dabei der normative Charakter des jeweiligen Öffentlichkeitsmodells, also welchen Stellenwert Sprecher:innen, Kommunikateur:innen und Publikum (Neidhardt 1994) im Prozess der Meinungsbildung einnehmen, und wie sich dieses Verhältnis durch die Digitalisierung verändert hat. Traditionelle Akteur:innen (Institutionen, Parteien, Interessenverbände, Journalismus) verlieren bei der Themensetzung im Meinungsbildungsprozess an gesellschaftlicher Bedeutung. Dadurch verschieben sich die Hierarchien und die politische Öffentlichkeit erfährt einen partizipativen

Schub im Bezug auf Zugang, Themensetzung, Reichweite. Damit ist jedoch nicht per se auch eine Stärkung demokratischer Inhalte oder Umgangsformen verbunden. Denn politische Kommunikation operiert im sozialen Gefüge und hängt von dem politischen, sozialen und kulturellen Kontext sowie von Akteur:innen und deren Zielen ab (Kneuer et al. 2015: 29).

In Bezug auf die Debatte um das Phänomen der Cancel Culture ist die Internet-öffentlichkeit ein wichtiger Aushandlungsort. Die Möglichkeit der direkten Interaktion u.a. bei *Twitter* zwischen einzelnen Nutzer:innen und (politischen) Akteur:innen macht die journalistischen Medien mit ihrer vermittelnden Aufgabe entbehrlich. Auf der einen Seite können Einzelpersonen/Gruppen/Minderheiten nun auch ohne institutionelle Rückendeckung oder Zugang zu journalistischen Medien Themen setzen, sind sichtbar und verschaffen ihrer Perspektive bzw. Kritik eine große Reichweite, wie am Beispiel des Cancelling (Kap. 3) veranschaulicht wurde. Andererseits muss auch der Vorwurf der Cancel Culture in diesem Kontext gesehen werden: Er stellt eine Reaktion auf die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten am Diskurs dar, und dient oftmals Akteur:innen der Abwehr von Kritik von bisher wenig gehörten gesellschaftlichen Gruppen.

Auffallend ist dabei, dass die Debatte um Cancel Culture sich schnell von den konkreten Beispielen oder Fällen entkoppelt, und quasi auf einer Metaebene diskutiert wird. Ein Beispiel hierfür ist das Buch *CANCEL CULTURE. DEMOKRATIE IN GEFAHR* (2021) des rechtspopulistischen Autors Kolja Zydatis, der auf dem politisch rechts ausgerichteten Blog *Achse des Guten* (AchGut) publiziert. Er versucht darin zu beweisen, dass das Ziel von Cancel Culture »nicht der Diskurs, also das Aufeinandertreffen verschiedener Meinungen, sondern die Verengung des Meinungsraums« durch »zensorische Aktivisten« (Zydatis 2021: 64) sei. Diesen Vorwurf gibt es aber nicht nur aus der politisch rechten Ecke zu hören. Auch der liberale deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler und Publizist Yascha Mounk warnt:

»Bei der Cancel-Culture geht es nämlich nie nur um den Einzelnen. Wenn sich das Prinzip, dass ein paar Aktivisten einen Künstler oder Schriftsteller für unakzeptabel erklären können, einmal etabliert, dann verengt sich der öffentliche Diskurs rapide« (Mounk 2020).

In diesem Zusammenhang kann die Debatte um Cancel Culture, in Anlehnung an Adrian Daub, als Form der moralischen Panik eingeordnet werden. Dabei wird eine Sorge um die Meinungsfreiheit konstruiert und Einzelfälle zur strategischen Kultur erhoben.

»Die Panik fängt an, wenn die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse – wer über Macht verfügt und wer nicht, wer verwundbar ist und wer nicht, was man sagen darf und was nicht – umgedreht werden: wenn transgender Studierende, die in den Medien nie zu Wort kommen, zur ›Translobby‹ erklärt werden, während Bundestagsabgeordnete, Präsident:innen, Milliardär:innen und die Russische Föderation als machtlose Opfer gelten; wenn aus Lappalien maximale Diagnosen abgeleitet werden; wenn angeblich neu aufziehende Gefahren an jahrzehntealten Zwischenfällen festgemacht werden [...]« (Daub 2022, 29).

Wie in Kap. 4 gezeigt, wurde auch in den beiden Fällen vermeintlicher Cancel Culture bezüglich Marie-Luise Vollbrecht und Lisa Eckhart die Warnungen und demokratisch legitimer Protest von Studierenden als zensorische Größe – »Twitter Mob« – imaginiert. Die differenzierte Betrachtung der Beispiele zeigte jedoch, dass hier weder jemand zum Schweigen gebracht wurde noch die Personen gecancelt wurden. Trotzdem wurden die Fälle als Angriffe auf die Meinungsfreiheit diskutiert. Gleichzeitig beklagte z.B. niemand eine Cancel Culture, als 2019 der WDR das Lied *MEINE OMA IST NE ALTE UMWELTSAU* in Folge eines rechten Shitstorms von der Facebookseite löschte und der Intendant sich für die Veröffentlichung entschuldigte (Geyer 2019; Nussmayr 2020). Diese selektive Verwendung unterstreicht die These von Cancel Culture als politischen Kampfbegriff.

Die Art und Weise, wie Debatten über Cancel Culture geführt werden, weisen auf eine weitere Veränderung hin, die die politische Öffentlichkeit durch die Digitalisierung erfahren hat. Denn gesellschaftlich kontroverse Themen können in sozialen Netzwerken kollektive Energie bündeln und sich in Form von Shitstorm und Hate Speech entladen. Durch ihre algorithmische Beschaffenheit und ihre jeweiligen Moderationsregeln können *Twitter* oder *Facebook* Skandale befördern oder entgrenzen. Zugleich werden Themen und ihre Relevanz durch die Twitteröffentlichkeit und die dort entstehenden Echoräume verzerrt.¹¹

In dieser Arbeit wurde gezeigt, dass Cancel Culture wie auch Political Correctness vornehmlich als politischer Kampfbegriff Verwendung findet und als Abwehrreaktion auf die Infragestellung der bisherigen Ordnung und Machtverhältnisse (und den damit

11 »Es bestätigt sich, dass gruppenspezifische Entwicklungprozesse entstehen, die den prägenden Charakteristika der Kommunikationsumgebung auf Facebook geschuldet sind und als Ursache von Wahrnehmungsverzerrungen interpretiert werden müssen, die zugleich den Nährboden für Echokammern-Effekte schaffen. Den Befunden der Studie zufolge kommen diese aber nur unter bestimmten Bedingungen zum Tragen. Unabhängig von der tatsächlichen Meinungsverteilung in der Bevölkerung kann dies dazu führen, dass die Menschen die Mehrheitsmeinung zu bestimmten Themen in der Gesellschaft falsch einschätzen. So kann es auf Facebook zu einem Spiralprozess kommen, in dessen Verlauf ein Meinungslager vielleicht nicht mehr wahrgenommen werden kann, bedingt durch die höhere Artikulationsbereitschaft des anderen« (Stark et al. 2017: 188).

verbundenen Diskriminierungsformen) gesehen werden muss (Albert et al. 2020: 10). Dabei wird politische Öffentlichkeit als sog. *Schweigespирale*, ein Modell von Noelle-Neumann imaginiert und die tatsächliche Diversität der Stimmen ausgeblendet.

»Die einst so homogen wirkende Public Sphere ist vielfältiger und dissonanter geworden, mehr Menschen können und wollen mitreden. Deren mediale Präsenz irritiert diejenigen, die bislang den gesellschaftlichen Diskurs bestimmt haben und gewohnt waren, hofiert statt kritisiert zu werden. Dass sie, um ihre Macht und Privilegien fürchtend, nun Intoleranz, Cancel Culture und Political Correctness beklagen, ist nachvollziehbar« (Thiele 2021: 77).

In diesem Sinne ist die Debatte um Cancel Culture auch als gesellschaftlicher Prozess zu begreifen, in dem sich eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft ausdrückt. Sie ist eine Form, sich entwickelnde soziale Normen zu kommunizieren und neu auszuhandeln (Holman 2020: 64 nach Bakher 2021: 5).

Das Ziel dieser Arbeit war es nicht, statische Definitionen von den Begriffen Cancelling und Cancel Culture festzulegen, sondern vielmehr aufzuzeigen, wie eine Reihe von Phänomenen als Cancelling analysiert und wie die Debatte um Cancel Culture kritisch eingeordnet werden kann. Die Praktiken und die Kommentare im Zusammenhang mit Cancel Culture sowie die Dynamik in den sozialen Medien werden voraussichtlich fortbestehen und sich als neue Phänomene weiterentwickeln. Eine weiterführende Forschung könnte untersuchen, ob die Zuschreibung, dass es sich um Cancel Culture handelt, zu genderspezifischen Diskriminierungen führt (vgl. Saint-Louis 2021). Eine kritische Beleuchtung des Phänomens Cancelling als »accountability praxis« (Clark 2020: 88) innerhalb von politischer Öffentlichkeit ist ebenfalls ein Forschungsdesiderat. Diese Phänomene nicht zu analysieren könnte sich als gesellschaftlich folgenreich erweisen, denn sie liefern vielfältige Erkenntnisse über Medien, Kultur und Macht.

Literaturverzeichnis

- AfD Fraktion (2021): »CANCEL CULTURE«: MEINUNGSFREIHEIT VERTEIDIGEN! In: AfD-Fraktion-Sachsen, 25.03.2021. Online: <https://afd-fraktion-sachsen.de/cancel-culture-meinungsfreiheit-verteidigen/> (letzter Zugriff am: 27.06.2022).
- AfD Hessen (2020): LINKE ZERSTÖREN DEUTSCHLANDS FREIHEIT. Plakat Lisa Eckhart, August 2020. Online: <https://cdn.afd.tools/sites/179/2020/08/06171504/eckhart-320x320.jpg> (letzter Zugriff am: 07.12.2022).
- akj Berlin (2022): STUDIERENDE GESCHLOSSEN GEGEN TRANS*FEINDLICHKEIT – GEGENPROTEST GEGEN MARIE LUISE VOLLBRECHT! Pressemitteilung vom 01.07.2022. Online: <http://akj.rewi.hu-berlin.de/index.php?post=studierende-geschlossen-gegen-transfeindlichkeit-n-gegenprotest-gegen-marie-luise-vollbrecht> (letzter Zugriff am: 23.07.2022).
- Albert, Georg/Bluhm, Lothar/Schiefer Ferrari, Markus (2020): POLITICAL CORRECTNESS: KULTUR- UND SOZIALGESCHICHTLICHE PERSPEKTIVEN. Baden-Baden: Tectum. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783828876224>.
- Altwegg, Jürg (2021): DEBATTE UM CANCEL-CULTURE: EIN BISSCHEN WIE AUSCHWITZ. In: FAZ.NET, 29.04.2021. Online: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/adolf-muschg-und-sein-heikler-auschwitz-vergleich-17318523.html>.
- Annika Brockschmidt [@ardenthistorian] (2020): »GECANCELTE LISA ECKHART WAR JETZT IN WIRKLICH JEDER ZEITUNG, HEUTE MORGEN DANN NOCH IM DLF. WIE WAR DAS NOCH MIT DEM »MAN DARF SEINE MEINUNG NICHT MEHR SAGEN?«. In: Twitter, 22.08.2020. Online: <https://twitter.com/ardenthistorian/status/1297108570593533953>.
- Atwood, Margaret/Chomsky, Noam/Fukuyama, Francis/Rowling, Joanne K. (2020): A LETTER ON JUSTICE AND OPEN DEBATE. In: Harper's Magazine, 07.07.2020. Online: <https://harpers.org/a-letter-on-justice-and-open-debate/> (letzter Zugriff am: 21.12.2022).
- Auer, Katrin (2002): »POLITICAL CORRECTNESS« – IDEOLOGISCHER CODE, FEINDBILD UND STIGMAWORT DER RECHTEN. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Jg. 31, Nr. 3, S. 291–303.
- Baringhorst, Sigrid (2019): DER NUTZER ALS WÄCHTER - ZIVILGESELLSCHAFTLICHE PRAKTIKEN EINES HERRSCHAFTSKRITISCHEN GOING-PUBLIC IM INTERNET. In: Bedford-Strohm, Jonas/Höhne, Florian/Zeyher-Quattlander, Julian (Hg.): Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Interdisziplinäre Perspektiven auf politische Partizipation im Wandel. Baden-Baden: Nomos, S. 103-119. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845291802>.
- Basad, Judith Sevinç (2022): WIESO ICH BILD VERLASSEN HABE. Judithsevincba-sad.substack.com, 16.06.2022. Online: <https://judithsevincbasad.substack.com/p/wieso-ich-bild-verlassen-habe> (letzter Zugriff am: 25.07.2022).
- BBC News (2016): PEPE THE FROG MEME BRANDED A »HATE SYMBOL«. In: BBC News, 28.09.2016. Online: <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-37493165>.

- BDZV (2021): TAGESZEITUNGEN IN DEUTSCHLAND - Auflage 2021. In: Statista, September 2021. Online: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72084/umfrage/verkaufte-auflage-von-tageszeitungen-in-deutschland/> (letzter Zugriff am: 04.05.2022).
- Bedford-Strohm, Jonas/Höhne, Florian/Zeyher-Quattlender, Julian (2019): DIGITALER STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT: INTERDISZIPLINÄRE PERSPEKTIVEN AUF POLITISCHE PARTIZIPATION IM WANDEL. Baden-Baden: Nomos. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845291802>.
- Beigang, Maxi (2022): VORTRAG ÜBER GESCHLECHT UND GENDER ABGESAGT: ALLE HINTERGRÜNDE ZUM VORFALL. In: Berliner Zeitung, 03.07.2022. Online: <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/vortrag-ueber-geschlecht-und-gender-abgesagt-alle-hintergruende-zum-vorfall-li.242834> (letzter Zugriff am: 26.07.2022).
- Bernard, Andreas (2019): THEORY OF THE HASHTAG. Medford, MA: Polity Press.
- Bernard, Marc (2022): ARD & ZDF INDOKTRINIEREN KINDER! In: Marc Bernhard, 07.06.2022. Online: <https://www.marcbernhard.de/ard-zdf-indoktrinieren-kinder/> (letzter Zugriff am: 23.07.2022).
- Bieber, Christoph (2019): FORSCHUNGSFRAGEN DER DIGITALEN ÖFFENTLICHKEIT. EIN AUSBLICK. In: Bedford-Strohm, Jonas/Höhne, Florian/Zeyher-Quattlender, Julian (Hg.): Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: interdisziplinäre Perspektiven auf politische Partizipation im Wandel. Baden-Baden: Nomos, S. 151-158. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845291802>.
- Böhm, Julius (2022a): BIOLOGIN DARF VORTRAG ÜBER GESCHLECHTER NICHT HALTEN - AKTIVISTEN HATTE ZU DEMO AUFGERUFEN. In: bild.de, 02.07.2022. Online: <https://www.bild.de/politik/2022/politik/biologin-darf-vortrag-ueber-geschlechter-nicht-halten-aktivisten-hatte-zu-demo-a-80578632.bild.html> (letzter Zugriff am: 23.07.2022).
- Böhm, Julius (2022b): NACH ABSAGE VON GESCHLECHTER-VORTRAG: WISSENSCHAFTSMINISTERIN RÜGT HUMBOLDT-UNI. In: bild.de, 03.07.2022. Online: <https://www.bild.de/politik/2022/politik/nach-absage-von-geschlechter-vortrag-wissenschaftsministerin-ruegt-humboldt-uni-80586950.bild.html> (letzter Zugriff am: 28.07.2022).
- Bouvier, Gwen/Machin, David (2021): WHAT GETS LOST IN TWITTER ›CANCEL CULTURE‹ HASHTAGS? CALLING OUT RACISTS REVEALS SOME LIMITATIONS OF SOCIAL JUSTICE CAMPAIGNS. In: Discourse & Society. Jg. 32, Nr. 3, S. 307–327. DOI: <https://doi.org/10.1177/0957926520977215>.
- Brockschmidt, Annika (2022): GASTBEITRAG: WELT ERMÖGLICHT MIT TRANSFEINDLICHKEIT DAS MAINSTREAMING RECHTSEXTREMER NARRATIVE. In: Volksverpetzer, 02.06.2022. Online: <https://www.volksverpetzer.de/aktuelles/welt-transfeindlichkeit-sendung-mit-der-maus/> (letzter Zugriff am: 25.07.2022).
- Bucher, Hans-Jürgen (2020): ZWISCHEN DELIBERATION UND EMOTIONALISIERUNG: INTERAKTIONSSTRUKTUREN IN SOZIALEN MEDIEN. In: Deutsch in Sozialen Medien.

- Berlin/Munich/Boston: De Gruyter, S. 123–146. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110679885-007>.
- cancelculture.de (2022): JULI 2022. In: cancelculture.de, 14.07.2022. Online: <https://cancelculture.de/2022/07/14/juli-2022/> (letzter Zugriff am: 23.07.2022).
- Clark, Meredith D. (2020): DRAG THEM: A BRIEF ETYMOLOGY OF SO-CALLED »CANCEL CULTURE«. In: Communication and the Public SAGE Publications. Jg. 5, Nr. 3-4, S. 88–92. DOI: <https://doi.org/10.1177/2057047320961562>.
- Daphi, Priska/Rucht, Dieter/Teune, Simon/Deitelhoff, Nicole (2017): PROTEST IN BEWEGUNG? ZUM WANDEL VON BEDINGUNGEN, FORMEN UND EFFEKTEN POLITISCHEN PROTESTS. Baden-Baden: Nomos. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845288413>.
- Daub, Adrian (2021): DER KURZE WEG VON DER LAPPALIE ZUR CANCEL CULTURE. In: Die Wochenzeitung, 04.11.2021. Online: <https://www.woz.ch/-bef3> (letzter Zugriff am: 18.08.2022).
- Daub, Adrian (2022): CANCEL CULTURE TRANSFER: WIE EINE MORALISCHE PANIK DIE WELT ERFASST. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Deniz Yücel [@Besser_Deniz] (2022): »DIE ABSAGE DES VORTRAGS VON MARIE-LUISE VOLL-BRECHT (@FROLLEIN_VOGELV) DURCH DIE @HUMBOLDTUNI (VORMALS: FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT) IST ERBÄRMLICH FEIGE; DIE EINSCHRÄNKUNG DER WISSENSCHAFTSFREIHEIT INAKZEP-TABEL.« In: Twitter, 03.07.2022. Online: https://twitter.com/Besser_Deniz/status/1543542858325659648.
- Deutsche Comedy - Best Of (2021): MITTERNACHTSSPITZEN MIT LISA ECKHART. In: YouTube, 10.01.2021. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=IUdBgPHrqvQ> (letzter Zugriff am: 6.12.2022).
- deutschlandfunkkultur.de (2021): DER FALL KATHLEEN STOCK - WIESO EINE BRITISCHE PHILOSOPHIEPROFESSORIN KÜNDIGTE. In: Deutschlandfunk Kultur, 05.11.2021. Online: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/der-fall-kathleen-stock-wieso-eine-britische-100.html> (letzter Zugriff am: 10.01.2023).
- Diener, Andrea (2020): LISA ECKHART: SIE IST VON KOPF BIS FUSS AUF S BÖSE EINGESTELLT. In: FAZ.NET, 04.05.2020. Online: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/warum-lisa-eckhart-nicht-besonders-komisch-ist-16753604.html>.
- Donges, Patrick (2020): DIE ROLLE DER MEDIEN IN DER ERMÖGLICHUNG ODER BEHINDERUNG POLITISCHER PARTIZIPATION. In: Lorenz, Astrid/Hoffmann, Christian Pieter/Hitschfeld, Uwe (Hg.): Partizipation für alle und alles? Wiesbaden: Springer, S. 283–298. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-27898-4_16.
- Donges, Patrick/Jarren, Otfried (2017): POLITISCHE KOMMUNIKATION IN DER MEDIENGESELLSCHAFT: EINE EINFÜHRUNG. 4. Auflage. Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-16572-7>.
- donnasdottir (2022): UNI CANCELLT EVOLUTIONSVORTRAG VON BIOLOGIN. In: YouTube, 02.07.2022. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=Umqo5yoiHsY> (letzter

- Zugriff am: 26.07.2022).
- Döpfner, Mathias (2022): UNSER HAUS STEHT FÜR VIELFALT UND FREIHEIT. In: DIE WELT, 03.06.2022. Online: <https://www.welt.de/debatte/plus239180477/Mathias-Doepfner-Unser-Haus-steht-fuer-Vielfalt-und-Freiheit.html>.
- Dudenhoefer, Nicole (2020): IS CANCEL CULTURE EFFECTIVE? HOW PUBLIC SHAMING HAS CHANGED. In: Pegasus Magazine. Online: <https://www.ucf.edu/pegasus/is-cancel-culture-effective/> (letzter Zugriff am: 26.10.2022).
- edp/ppe (2020): WDR VERTEIDIGT KABARETTISTIN LISA ECKHART. In: Jüdische Allgemeine, 05.05.2020. Online: <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/wdr-verteidigt-kabarettistin-lisa-eckhart/> (letzter Zugriff am: 07.12.2022).
- Ehrenberg, Markus (2022): HEFTIGE DEBATTE UM TRANSGENDER-BEITRAG IN DER »WELT«. In: Der Tagesspiegel, 05.06.2022. Online: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/dieser-text-ist-ein-alptraum-heftige-debatte-um-transgender-beitrag-in-der-welt/28402208.html>.
- Engelken, Eva (2022a): DOSSIER »IDEOLOGIE STATT BIOLOGIE IM ÖRR«. In: Eva Engelken, 01.06.2022. Online: <https://www.evaengelken.de/dossier-ideologie-statt-biologie-im-oerr/> (letzter Zugriff am: 25.07.2022).
- Engelken, Eva (2022b): WIE ARD UND ZDF UNSERE KINDER MIT TRANSGENDERIDEOLOGIE SEXUALISIEREN. In: Eva Engelken, 01.06.2022. Online: <https://www.evaengelken.de/aufruf-schluss-mit-der-falschberichterstattung-des-oeffentlich-rechtlichen-rundfunks/> (letzter Zugriff am: 25.07.2022).
- Eppelsheim, Philip (2022): LINKE AKTIVISTEN VERHINDERN VORTRAG ÜBER GENDER AN HUM-BOLDT-UNI. In: Frankfurter Allgemeine, 03.07.2022. Online: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/linke-aktivisten-verhindern-vortrag-ueber-gender-an-humboldt-uni-18147133.html> (letzter Zugriff am: 31.01.2023).
- Eva Engelken #TeamRealität [@Kommunikatorin] (2022): »AKTION FÜR @SUMMER #TEAMBIOLOGIE: HELFEN SIE MIT, DASS EINE FRAU UND WISSENSCHAFTLERIN BEI DER LANGEN NACHT DER WISSENSCHAFTEN IN BERLIN FREI REDEN KANN! #LETWOMENSPEAK«. In: Twitter, 01.07.2022. Online: <https://twitter.com/Kommunikatorin/status/1542919519177408513>.
- Ferree, Myra Marx/Gamson, William A./Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter (2002): FOUR MODELS OF THE PUBLIC SPHERE IN MODERN DEMOCRACIES. In: Theory and Society, Jg. 31, Nr. 3, S. 37.
- Fielitz, Maik/Staemmler, Daniel (2020): HASHTAGS, TWEETS, PROTEST? VARIANTEN DES DIGITALEN AKTIVISMUS. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen Jg. 33 Nr. 2, S. 425–441. DOI: <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0037>.
- Forster, Iris (2010): POLITICAL CORRECTNESS / POLITISCHE KORREKTHEIT. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 15.10.2010. Online: <https://www.bpb.de/themen/parteien/sprache-und-politik/42730/political-correctness-politische->

- korrektheit/ (letzter Zugriff am: 25.10.2022).
- Franck, Georg (1998): ÖKONOMIE DER AUFMERKSAMKEIT: EIN ENTWURF. München: Hanser.
- Frau Summer [@Frollein_VogelV] (2022a): »DAS WITZIGE IST ES IST NICHT CANCELING WÜR-DIG. 30 MIN EVOLUTIONSBIO UND EIN PAAR TIERFOTOS«. In: Twitter, 02.07.2022. Online: https://twitter.com/Frollein_VogelV/status/1543004956831191042.
- Frau Summer [@Frollein_VogelV] (2022b): »FALLS JEMAND WEISS WIE DIE RECHTLICHE SITUATION IST WENN EINEN GRUPPE ÜBER DEN UNIVERTEILER TAUSENDEN VON STUDENTEN ERZÄHLT MAN SEI »TRANSFEINDLICH« UND »QUEERFEINDLICH« DANN BITTE MIR SAGEN«. In: Twitter, 02.07.2022. Online: https://twitter.com/Frollein_VogelV/status/1542993966576041984.
- Frau Summer [@Frollein_VogelV] (2022c): »ICH HABE MICH AUS 4 GRÜNDEN ENTSCHLOSSEN HEUTE NICHT ZU DER ANSCHLIESSENDEN PODIUMSDISKUSSION ZU GEHEN: 1. MIR GING ES IN MEINEM VORTRAG UM DIE VERMITTLUNG VON BIOLOGISCHEM GRUNDLAGENWISSEN. MEIN VORTRAG WAR KORREKT UND MUSS NICHT »KONTEXTUALISIERT« WERDEN«. In: Twitter, 14.07.2022. Online: https://twitter.com/Frollein_VogelV/status/1547525563115622401.
- Friedrich Merz [@_FriedrichMerz] (2022): »DIE GRÖSSTE BEDROHUNG FÜR DIE #MEINUNGS-FREIHEIT IST AUS MEINER SICHT INZWISCHEN DIE ZENSURKULTUR, AUCH #CANCEL CULTURE GENANNT. ICH SEHE MIT GRÖSSTER BESORGNIS, WAS AN DEN UNIVERSITÄTEN IN DEN USA PASSIERT; DAS SCHWAPPT JETZT AUCH NACH #EUROPA ÜBER.« In: Twitter, 26.07.2022. Online: https://twitter.com/_FriedrichMerz/status/1551833298820898816.
- Friedrich, Sebastian (2020): DIE KONSTRUIERTE DEBATTE UM CANCEL CULTURE. In: ndr.de, 10.08.2020. Online: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Lisa-Eckhardt-konstruierte-Debatte-um-Cancel-Culture,lisaeckhart102.html> (letzter Zugriff am: 04.08.2022).
- Fuchs, Christian (2019): ÖFFENTLICHKEIT IM DIGITALEN KAPITALISMUS. In: Holzmann, Katharina/Hug, Theo/Pallaver, Günther (Hg.): Das Ende der Vielfalt? Zur Diversität der Medien. Innsbruck: Innsbruck University. S. 49–66.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1990): STRUKTUREN UND FUNKTIONEN MODERNER ÖFFENTLICHKEIT. In: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Online: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/1990/iii90-101.pdf>.
- Geyer, Steven (2019): LETZTE WORTE ZUR »UMWELTSAU«: FÜNF LEHREN AUS »OMA-GATE«. In: RedaktionsNetzwerk Deutschland, 30.12.2019. Online: <https://www.rnd.de/politik/letzte-worte-zur-umweltsau-funf-lehren-aus-oma-gate-AE6TTHR2ZJA2RPGTH4UKKTOTCQ.html> (letzter Zugriff am: 31.01.2023).
- Goode, Erich/Ben-Yehuda, Nachman (2010): MORAL PANICS: THE SOCIAL CONSTRUCTION OF DEVIANCE. New York: Wiley-Blackwell.
- Haberl, Tobias (2020): LISA ECKHART UND DIE GRENZE DES SAGBAREN. In: SZ Magazin,

- 10.08.2020. Online: <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/kunst/lisa-eckhart-kritik-89088> (letzter Zugriff am: 13.07.2022).
- Habermas, Jürgen (1990): STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT: UNTERSUCHUNGEN ZU EINER KATEGORIE DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2021): ÜBERLEGUNGEN UND HYPOTHESEN ZU EINEM ERNEUTEN STRUKTURWANDEL DER POLITISCHEN ÖFFENTLICHKEIT. In: Seelinger, Martin/Sevignani, Sebastian (Hg.): Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit? Sonderband Leviathan 37. Baden-Baden: Nomos, S. 470–500.
- Hanfeld, Michael (2020): FESTIVAL LÄDT LISA ECKHART AUS: »WIR WEICHEN DER GEWALT«. In: FAZ.NET, 07.08.2020. Online: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/literaturfestival-in-hamburg-laedt-lisa-eckhart-aus-16893335.html>.
- Hans-Georg Maaßen [@HGMaassen] (2020): »ZUM FALL LISA ECKHART: MUSS MAN DEMNÄCHST DAMIT RECHNEN, DASS MENSCHEN, DIE DER ANTIFA NICHT GEFALLEN, AUFGEFORDERT WERDEN, IHREN WOHNORT ZU VERLASSEN, DA SIE DURCH IHREN WEITEREN AUFENTHALT DIE ANTIFA ZU GEWALTSTATEN PROVOZIEREN KÖNNTEN?« In: Twitter, 07.08.2020 Online: <https://twitter.com/HGMaassen/status/1291781560199454720>.
- Hausbichler, Beate/Maan, Noura (2020): GENDERDEBATTE: J. K. ROWLING UND DIE FRAGE, WER EINE FRAU SEIN DARF. In: DER STANDARD, 18.06.2020. Online: <https://www.derstandard.de/story/2000118141880/gender-debatte-j-k-rowling-und-die-frage-wer-sich-frau> (letzter Zugriff am: 28.06.2022)
- Hauser, Stefan/Opilowski, Roman/Wyss, Eva L. (2019): ALTERNATIVE ÖFFENTLICHKEITEN: SOZIALE MEDIEN ZWISCHEN PARTIZIPATION, SHARING UND VERGEMEINSCHAFTUNG. Bielefeld: transcript. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783839436127>.
- Heidtmann, Jan (2022): CANCEL CULTURE: DER BÄRENDIENST. In: Süddeutsche.de, 04.07.2022. Online: <https://www.sueddeutsche.de/politik/cancel-culture-berlin-universitaet-gender-1.5614802> (letzter Zugriff am: 23.07.2022).
- Holman, Kylie J. (2020): CAN YOU COME BACK FROM BEING CANCELLED?: A CASE STUDY OF PODCASTING, CANCEL CULTURE, AND COMEDIANS DURING #MeToo. University of Nebraska at Omaha. Ann Arbor: Proquest LLC.
- Hooffacker, Gabriele/Kenntemich, Wolfgang/Kulisch, Uwe (2018): DIE NEUE ÖFFENTLICHKEIT. Wiesbaden: Springer. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-20809-7>.
- Humphries, Conor (2022): PUTIN SAYS RUSSIAN CULTURE BEING »CANCELLED« LIKE J.K. ROWLING. In: Reuters, 25.03.2022. Online: <https://www.reuters.com/world/europe/putin-says-west-trying-cancel-russian-culture-including-tchaikovsky-2022-03-25/>.
- idw-europe.org (2022): APPELL FÜR FREIE DEBATTENRÄUME. In: idw-europe.org. Online: <https://idw-europe.org/> (letzter Zugriff am: 26.12.2022).
- Jarren, Otfried/Fischer, Renate (2022): TRANSFORMATION DER POLITISCHEN ÖFFENTLICHKEIT? DER EINFLUSS VON PLATTFORMEN AUF DAS GESELLSCHAFTLICHE VERMITTLUNGSSYSTEM. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg.

- 74 Nr. 1, S. 183–207. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11577-022-00833-8>.
- Karaian, Jason/Sorkin, Andrew Ross/de la Merced, Michael J./Hirsch, Lauren/Livni, Ephrat (2021): TRUMP IS LOSING HIS PLATFORMS ON TWITTER AND FACEBOOK. In: The New York Times, 08.01.2021. Online: <https://www.nytimes.com/2021/01/08/business/dealbook/trump-facebook-twitter-deplatforming.html> (letzter Zugriff am: 18.01.2023).
- Kneuer, Marianne/Richter, Saskia/Rudolph, Melanie (2015): SOZIALE MEDIEN IN PROTEST-BEWEGUNGEN: NEUE WEGE FÜR DISKURS, ORGANISATION UND EMPÖRUNG? Frankfurt am Main: Campus.
- Koster, Ann-Kathrin (2020): IM ZEICHEN DES HASHTAGS. In: Kruse, Jan-Philipp/Müller-Mall, Sabine (Hg.): Digitale Transformationen der Öffentlichkeit. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, S. 103-123. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748911760>.
- Kruse, Jan-Philipp/Müller-Mall, Sabine (2020): DIGITALE TRANSFORMATIONEN DER ÖFFENTLICHKEIT. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748911760>.
- Lange, Martin (2020): POLITICAL CORRECTNESS ALS KAMPFBEGRIFF VON RECHTSPOLULISTEN. ÜBER DIE RECHTSPOLULISTISCHE DISKURSLOGIK UND DEREN STRATEGIEN. In: Albert, Georg/Bluhm, Lothar/Schiefer Ferrari, Markus (Hg.): Political Correctness: Kultur- und sozialgeschichtliche Perspektiven. Baden-Baden: Tectum, S. 173–198. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783828876224-173>.
- Lehming, Malte (2020): WIE DIE WÄCHTER ÜBER DAS SAGBARE DIE REDEFREIHEIT EINSCHRÄNKEN. In: Der Tagesspiegel Online, 08.08.2020. Online: <https://www.tagesspiegel.de/politik/lisa-eckhart-dieter-nuhr-nurhan-soykan-wie-die-waechter-ueber-das-sagbare-die-redefreiheit-einschraenken/26075780.html>.
- Luhmann, Niklas (2002): DIE POLITIK DER GESELLSCHAFT. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Maier, Tanja (2021): VISUELLER AKTIVISMUS MIT INSTAGRAM. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Studien 10/2021. Online: https://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/Studien/Studien_10-21_VisueLLer_Aktivismus_web__1_.pdf.
- Maireder, Axel/Schlögl, Stephan (2015): TWITTER-ÖFFENTLICHKEITEN: IDENTIFIKATION UND INTERPRETATION DER STRUKTUREN VON FOLLOWER-NETZWERKEN. In: Maireder, Axel/Ausserhofer, Julian/Schumann, Christina/ Taddicken, Monika (Hg.): Digital Communication Research, Band 2, S. 115-139. DOI: <https://doi.org/10.17174/dcrv2.6>.
- Martinsen, Renate (2009): ÖFFENTLICHKEIT IN DER »MEDIENDEMOKRATIE« AUS DER PERSPEKTIVE KONKURRIERENDER DEMOKRATIETHEORIEN. In: Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara (Hg.): Politik in der Mediendemokratie. Wiesbaden: VS, S. 37–69. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-91728-3_2.
- Meyer, Frank/Miggelbrink, Judith/Beurskens, Kristine (2018): INS FELD UND ZURÜCK - PRAKTISCHE PROBLEME QUALITATIVER FORSCHUNG IN DER SOZIALGEOGRAPHIE. Berlin/Heidelberg: Springer. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-662-55198-1>.
- MOPO (2020): GAB ES KEINE DROHUNGEN?: WENDE IM SKANDAL UM AUFTRITT VON

- KABARET-TISTIN LISA ECKHART. In: Morgenpost, 10.08.2020. Online: <https://www.mopo.de/hamburg/gab-es-keine-drohungen-wende-im-skandal-um-auftritt-von-kabarettistin-lisa-eckhart-37170804/> (letzter Zugriff am: 20.01.2023).
- Morozov, Evgeny/Krämer, Sybille/Neuberger, Christoph/Schinzel, Britta/Marschall, Stefan/Distel, Bettina (2022): DIGITALE GESELLSCHAFT. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/digitale-gesellschaft-2022/>.
- Mounk, Yascha (2020): CANCEL-CULTURE: KOLLEKTIVE ZENSUR. In: Die Zeit, 17.08.2020. Online: <https://www.zeit.de/2020/34/cancel-culture-zensur-usa-meinungsfreiheit-debattenkultur/komplettansicht>.
- Murthy, Dhiraj (2013): TWITTER: SOCIAL COMMUNICATION IN THE TWITTER AGE. Cambridge: Polity.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): ÖFFENTLICHKEIT, ÖFFENTLICHE MEINUNG, SOZIALE BEWEGUNGEN. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Netzwerk Wissenschaftsfreiheit (2021): MANIFEST – NETZWERK WISSENSCHAFTSFREIHEIT. In: Netzwerk Wissenschaftsfreiheit, Februar 2021. Online: <https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/ueber-uns/manifest/> (letzter Zugriff am: 15.07.2022).
- Neudecker, Michael (2021): DEBATTE UM KATHLEEN STOCK: »ABSOLUT ENTSETZT«. In: Süddeutsche online, 02.11.2021. Online: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/kathleen-stock-transgender-debatte-feminismus-1.5454644> (letzter Zugriff am: 13.02.2023).
- Ng, Eve (2022): CANCEL CULTURE: A CRITICAL ANALYSIS. Cham/CH: Palgrave Macmillan.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1980): Die Schweigespirale: öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. München/Zürich: Piper.
- Norris, Pippa (2020): CLOSED MINDS? IS A ›CANCEL CULTURE‹ STIFLING ACADEMIC FREEDOM AND INTELLECTUAL DEBATE IN POLITICAL SCIENCE? In: SSRN Electronic Journal. DOI: <https://doi.org/10.2139/ssrn.3671026>.
- Norris, Pippa (2021): CANCEL CULTURE: MYTH OR REALITY? In: Political Studies, S. 1-30. DOI: <https://doi.org/10.1177/00323217211037023>.
- Nussmayr, Katrin (2020): »OMA IST 'NE ALTE UMWELTSAU«: CHRONOLOGIE EINER EMPÖRUNG. In: Die Presse, 07.01.2020. Online: <https://www.diepresse.com/5748305/oma-ist-ne-alte-umweltsau-chronologie-einer-empoerung> (letzter Zugriff am: 11.07.2022).
- pana dočekalová [@epa_nit] (2022): »1. #CANCEL CULTURE VAISHNAVI SUNDAR @VAISHAX INDISCHE FILMEMACHERIN, SCREENINGS IHRES LETZTEN FILMS ›DYSPHORIC: FLEEING WOMANHOOD LIKE A HOUSE ON FIRE‹ WURDEN GECANCELLED.« In: Twitter, 25.07.2022. Online: https://twitter.com/epa_nit/status/1551625458797666312.
- Pauli, Ralf (2022): UMSTRITTENER GENDER-VORTRAG IN BERLIN: »NICHT IHR FACHGEBIET«. In: Die Tageszeitung, 15.07.2022. Online: <https://taz.de/!5868796/>.

- Peitz, Dirk (2020): LISA ECKHART: WIE EINMAL DIE CANCEL CULTURE NACH HAMBURG KAM. In: Die Zeit, 08.08.2020. Online: <https://www.zeit.de/kultur/literatur/2020-08/lisa-eckhart-comedian-cancel-culture-hamburg>.
- Petersen, Thomas (2021): DIE MEHRHEIT FÜHLT SICH GEGÄNGELT. NUR NOCH WENIGER ALS DIE HÄLFTE GLAUBT, MAN KÖNNE SEINE MEINUNG IN DEUTSCHLAND FREI ÄUSSERN. In: FAZ, 16.06.2021, S. 8.
- Pörksen, Bernhard/Detel, Hanne (2014): THE UNLEASHED SCANDAL : THE END OF CONTROL IN THE DIGITAL AGE. Luton: Andrews UK.
- Reichwein, Marc (2020a): LISA ECKHART – »DIE ANECKERIN« - PORTRÄT IN »WELT AM SONNTAG«. In: Welt am Sonntag, 09.08.2020. Online: <https://www.lisaeckhart.com/vorschau-und-rueckblick/die-aneckerin-portraet-in-welt-am-sonntag>.
- Reichwein, Marc (2020b): LISA ECKHART: »EUER MORALISCH-HIERARCHISCHES KORSETT IST PROBLEMATISCH«. In: DIE WELT, 09.08.2020. Online: <https://www.welt.de/kultur/plus212755553/Lisa-Eckhart-Euer-moralisch-hierarchisches-Korsett-ist-problematisch.html>.
- Reuter, Markus (2020): DEPLATFORMING: GROSSES HASS-DOMINO IN SOZIALEN NETZWERKEN. In: netzpolitik.org, 30.06.2020. Online: <https://netzpolitik.org/2020/grosses-hass-domino-in-sozialen-netzwerken/> (letzter Zugriff am: 18.01.2023).
- Röhlig, Marc (2020): AUREL UND LISA ECKHART: WO SATIRE WIRKLICH AUF CANCEL CULTURE TRIFFT. In: Der Spiegel, 20.08.2020. Online: <https://www.spiegel.de/panorama/aurel-und-lisa-eckhart-wo-satire-wirklich-auf-cancel-culture-trifft-a-7f3a7d90-a4a4-49a1-be12-694cf9bf3b26>.
- Romano, Aja (2019): WHY WE CAN'T STOP FIGHTING ABOUT CANCEL CULTURE. In: Vox, 30.12.2019. Online: <https://www.vox.com/culture/2019/12/30/20879720/what-is-cancel-culture-explained-history-debate> (letzter Zugriff am: 28.09.2022)
- Romano, Aja (2021): WHAT IS CANCEL CULTURE? HOW THE CONCEPT HAS EVOLVED TO MEAN VERY DIFFERENT THINGS TO DIFFERENT PEOPLE. In: Vox, 05.05.2021. Online: <https://www.vox.com/22384308/cancel-culture-free-speech-accountability-debate>.
- Rössler, Susanne (2020): PRESSEMITTEILUNG: LISA ECKHART VS. AfD. In: lisaeckhart.com, 10.08.2020. Online: https://www.lisaeckhart.com/media/pages/vorschau-und-rueckblick/lisa-eckhart-vs-afd/fe91c36029-1614869357/memoformat_zsolnay.pdf.
- Rueb, Emily S./Taylor, Derrick Bryson (2019): OBAMA ON CALL-OUT CULTURE: »THAT'S NOT ACTIVISM«. In: The New York Times, 31.10.2019. Online: <http://www.nytimes.com/2019/10/31/us/politics/obama-woke-cancel-culture.html>.
- Rusch, René (2022): CANCEL CULTURE UND WOKENESS: AUF WIEDERVORLAGE. In: Die Tageszeitung, 4.10.2022. Online: <https://taz.de/!5882236/>.
- Saint-Louis, Hervé (2021): UNDERSTANDING CANCEL CULTURE: NORMATIVE AND UNEQUAL SANCTIONING. In: First Monday. Jg. 26, Nr. 7. DOI: <https://doi.org/10.5210/fm.v26i7.10891>.

- sak (2022): Berlin: HUMBOLDT-UNIVERSITÄT SAGT VORTRAG VON BIOLOGIN MARIE LUISE VOLL-BRECHT AB. In: Der Spiegel, 03.07.2022. Online: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/berlin-humboldt-universitaet-sagt-vortrag-von-biologin-marie-luise-vollbrecht-ab-a-e5ec957e-39fb-46fa-8571-8f65f7f2e6a6>.
- Schilk, Felix (2021): UND TÄGLICH GRÜSST DIE »CANCEL CULTURE«. In: jungle.world, 23.12.2021. Online: <https://jungle.world/artikel/2021/51/und-taeglich-gruesst-die-cancel-culture> (letzter Zugriff am: 25.12.2022).
- Schlette, Magnus (2021): DIGITALE SELBSTWIRKSAMKEIT. ZUM ENTWICKLUNGSPOTENZIAL DER NEUEN MEDIEN FÜR DIE DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT. In: Held, Benjamin/ Oorschot, Frederike van (Hg.): Digitalisierung: Neue Technik – neue Ethik: Interdisziplinäre Auseinandersetzung mit den Folgen der digitalen Transformation. Heidelberg: heiBOOKS, S. 73-103. DOI: <https://doi.org/10.11588/HEIBOOKS.945.C12678>.
- Schmidbauer, Wolfgang (2017): SEXUELLE ÜBERGRIFFE: KEVIN SPACEYS GROSSE KUNST STEHT ÜBER FRAGEN DER MORAL. In: DIE WELT, 12.11.2017. Online: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article170541227/Kevin-Spaceys-grosse-Kunst-steht-ueber-Fragen-der-Moral.html>.
- Schneider, Johannes (2022): MARIE-LUISE VOLLBRECHT: DIE ANGST LÄSST SICH NICHT CANCELN. In: Die Zeit, 5.07.2022. Online: <https://www.zeit.de/kultur/2022-07/marie-luise-vollbrecht-gender-vortrag-hu-cancel-culture/komplettansicht>.
- Schubert, Karsten (2020): »POLITICAL CORRECTNESS« ALS SKLAVENMORAL? ZUR POLITISCHEN THEORIE DER PRIVILEGIENKRITIK. In: Leviathan. Jg. 48, Nr. 1, S. 29–51. DOI: <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2020-1-29>.
- Schultz, Tanjev (2021): MORALISIERUNG UND MEINUNGSFREIHEIT. In: UFITA. Jg. 85, Nr. 1, S. 6–37. DOI: <https://doi.org/10.5771/2568-9185-2021-1-6>.
- Schwarzer, Matthias (2020): WDR UND ANTISEMITISMUS: HÄTTE LISA ECKHART MAL 'NE OMA BELEIDIGT... In: rnd, 06.05.2020. Online: <https://www.rnd.de/medien/wdr-und-antisemitismus-hatte-lisa-eckhart-mal-ne-oma-beleidigt-B6HDE47ZRBETXBEX3ZU4AI5O4M.html> (letzter Zugriff am: 05.12.2022).
- Schwilden, Frédéric (2022): HUMBOLDT-UNIVERSITÄT: DAS SAGT MARIE-LUISE VOLLBRECHT NACH DEM ABGESAGTEN VORTRAG. In: DIE WELT, 5.07.2022. Online: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus239715251/Humboldt-Universitaet-Das-sagt-Marie-Luise-Vollbrecht-nach-dem-abgesagten-Vortrag.html> (letzter Zugriff am: 31.01.2023)
- Seeliger, Martin/Sevignani, Sebastian (2021): EIN NEUER STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT? Sonderband Leviathan 37. Baden-Baden: Nomos. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748912187>.
- Stark, Birgit/Magin, Melanie/Jürgens, Pascal (2017): GANZ MEINE MEINUNG? INFORMATIONSIINTERMEDIÄRE UND MEINUNGSBILDUNG – EINE MEHRMETHODENSTUDIE AM BEISPIEL VON FACEBOOK. In: LfM-Dokumentation. Band 55. Online: https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/lfm-nrw/Foerderung/Forschung/

- Dateien_Forschung/L194-Ganz-meine-Meinung_LfM-Doku55.pdf.
- Statista (2022): TAGESSCHAU - REICHWEITE IN DEUTSCHLAND BIS 2021. In: Statista, April 2022. Online: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/182978/umfrage/reichweite-der-tagesschau-seit-1992/> (letzter Zugriff am: 29.11.2022).
- Statista Global Consumer Survey (2022): REICHWEITE VON NACHRICHTENWEBSITES IN DEUTSCHLAND 2021. In: Statista, Januar 2022. Online: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165258/umfrage/reichweite-der-meistbesuchten-nachrichtenwebsites/> (letzter Zugriff am: 04.08.2022).
- Stegbauer, Christian (2018): SHITSTORMS: DER ZUSAMMENPRALL DIGITALER KULTUREN. Wiesbaden: Springer. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-19955-5>.
- Stokowski, Margarete (2020): CANCEL CULTURE FÜR ANFÄNGER - KOLUMNE VON MARGARETE STOKOWSKI. In: Der Spiegel, 11.08.2020. Online: <https://www.spiegel.de/kultur/cancel-culture-fuer-anfaenger-kolumne-zum-streit-um-lisa-eckart-a-2c3d06d6-0b3c-4dc3-858b-2ecd052a365a>.
- Strippel, Christian (2020): STRUKTURWANDEL DER ÖFFENTLICHKEIT AUS DER PERSPEKTIVE EINER THEORIE DER SPÄTMODERNE. In: Eisenegger, Mark/Blum, Roger/Ettinger, Patrik/Prinzing, Marlis (Hg.): Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Historische Verortung, Modelle und Konsequenzen. Wiesbaden: Springer VS, S. 213-238.
- Sven Lehmann (er/he) [@svenlehmann] (2022): »HALLO @AXELSPRINGER-VERLAG! SCHÖN, DASS VOR IHRER KONZERNZENTRALE JETZT DIE REGENBOGEN-FLAGGE WEHT. WARUM BIETEN SIE ABER DANN HETZ-BEITRÄGEN GEGEN QUEERE AUFKLÄRUNG WIE GESTERN EINE PLATTFORM IN IH-REM BLATT? FREUE MICH AUFRICHTIG ÜBER EINE SACHDIENLICHE ANTWORT! #PRIDEMONTH« In: Twitter, 02.06.2022. Online: <https://twitter.com/svenlehmann/status/1532365801281421312>.
- Swerling, Gabriella (2021): KATHLEEN STOCK TAKES JOB AT ANTI-CANCEL CULTURE UNIVERSITY THAT WELCOMES »THOUGHT CRIMINALS«. In: The Telegraph, 08.11.2021. Online: <https://www.telegraph.co.uk/news/2021/11/08/kathleen-stock-takes-job-anti-cancel-culture-university-welcomes/>.
- tagesschau.de (2019): MILLIONENFACH GEKLICKT: VIDEO VON YOUTUBER RUFT CDU AUF DEN PLAN. In: tagesschau.de, 23.05.2019. Online: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-543001.html> (letzter Zugriff am: 08.01.2023).
- Thiel, Thomas (2022): ABGESAGTER BIOLOGIE-VORTRAG: CANCEL CULTURE AN DER HUMBOLDT-UNI. In: FAZ.NET, 03.07.2022. Online: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/vortrag-von-marie-luise-vollbrecht-cancel-culture-an-der-humboldt-uni-18146758.html>.
- Thiele, Martina (2021): POLITICAL CORRECTNESS UND CANCEL CULTURE – EINE FRAGE DER MACHT! In: Journalistik. Jg. 4, Nr. 1, S. 72–79. DOI: <https://doi.org/10.1453/2569-152X-12021-11259-de>.
- Tratschin, Luca (2016): PROTEST UND SELBSTBESCHREIBUNG: SELBSTBEZÜGLICHKEIT UND

- UMWELTVERHÄLTNISSE SOZIALER BEWEGUNGEN. Bielefeld: Transcript.
- Unfried, Peter (2020): LISA ECKHART ÜBER CANCEL-CULTURE: »DAS PUBLIKUM HÄLT MIR DEN SPIEGEL«. In: Die Tageszeitung, 15.11.2020. Online: <https://taz.de/!5725928/>.
- Vahabzadeh, Susan (2019): ZEITGEIST: WER EINEM NICHT PASST, MUSS VERSCHWINDEN. In: Süddeutsche.de, 28.10.2019. Online: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/cancel-culture-meinungsauesserung-rechtsstaat-1.4657929> (letzter Zugriff am: 27.06.2022).
- Vollbrecht, Marie-Luise (2022a): HUMBOLDT-UNIVERSITÄT: DER VORTRAG, DEN ICH NICHT HALTEN KONNTE. In: Die Zeit, 06.07.2022. Online: <https://www.zeit.de/2022/28/marie-luise-vollbrecht-vortrag-humboldt-universitaet/komplettansicht>.
- Vollbrecht, Marie-Luise (2022b): RECHTSHILFE MARIE-LUISE VOLLBRECHT. In: gofundme.com, 14.07.2022. Online: <https://www.gofundme.com/f/rechtshilfe-marieluise-vollbrecht> (letzter Zugriff am: 23.07.2022).
- Vollbrecht, Marie-Luise/Hümpel, Riecke/Steinhoff, Uwe/Galuschka, Antje/Korte, Alexander (2022): ÖFFENTLICH-RECHTLICHER RUNDfunk: WIE ARD UND ZDF UNSERE KINDER INDOKTRINIEREN. In: DIE WELT, 01.06.2022. Online: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus239113451/Oeffentlich-rechtlicher-Rundfunk-Wie-ARD-und-ZDF-unsere-Kinder-indoktrinieren.html>.
- Weichert, Stephan (2014): DEMOKRATIE ALS SHITSTORM? IMPLIKATIONEN ZUR POLITISCHEN DEBATTENKULTUR DURCH SOCIAL MEDIA. In: Communicatio Socialis. Jg. 47, Nr. 2, S. 203–213.
- Weller, Katrin (2013): TWITTER AND SOCIETY. New York: Peter Lang.
- Welz, Hans-Georg (2002): POLITISCHE ÖFFENTLICHKEIT UND KOMMUNIKATION IM INTERNET. In: Bundeszentrale für politische Bildung, 23.09.2002. Online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26697/politische-oeffentlichkeit-und-kommunikation-im-internet/>.
- Wimmer, Jeffrey (2007): (GEGEN-)ÖFFENTLICHKEIT IN DER MEDIENGESELLSCHAFT: ANALYSE EINES MEDIALEN SPANNUNGSVERHÄLTNISSES. Wiesbaden: VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90549-5>.
- Yaghoobifarah, Hengameh (2020): LISA ECKHART UND DER ANTISEMITISMUS: EIN GANZ ALTES LIED. In: Die Tageszeitung, 3.05.2020. Online: <https://taz.de/!5679755/>.
- Zydatiss, Kolja (2021): CANCEL CULTURE: DEMOKRATIE IN GEFAHR. Münster: Solibro.